

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgehaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postcheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß. Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 49

Sonnabend, den 7. Dezember 1929

33. Jahrgang

Arbeitslosigkeit in der Natursteinindustrie und Maßnahmen zur Behebung

Die Natursteinindustrie leidet je nach ihrer geographischen Lage, Art und Material seit längerer oder kürzerer Zeit an großer Arbeitslosigkeit. Die Ursachen liegen, soweit Werksteine in Betracht kommen, an der veränderten Bauweise und Bauweise. Soweit die Pflasterstein- und Schotterindustrie in Betracht kommt, spielt hier in erster Linie die große Geldknappheit der Kommunen und staatlichen Baubehörden, die neuzeitlichen Straßenbauweisen und nicht zuletzt die stark vergrößerte Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke die größte Rolle. Nicht außer Betracht bleiben darf die stoßweise Auftragserteilung.

Durch die verspäteten Etatsverabschiedungen werden die Aufträge auf eine kurze Zeitspanne zusammengedrängt, wodurch Ueberstunden und teilweise mangelhafte Leistungen nicht ausbleiben. Mit dieser stoßweisen Auftragserteilung beschäftigt sich seit Jahren der vorläufige Reichswirtschaftsrat unter starker Sympathiezuweisung der Zentralbehörden. Es ist ganz natürlich, daß auch die Steinarbeiter, deren Auftraggeber sich fast ausschließlich aus Kommunal- und sonstigen staatlichen Behörden zusammensetzen, an der Beseitigung dieser stoßweisen Auftragserteilung ein besonderes Interesse haben. Unsere Forderungen und Wünsche gehen schon lange dahin, daß in den einzelnen Körperschaften die Etatsverhandlungen vorverlegt werden, um so eine gleichmäßige Verteilung der Aufträge über das ganze Jahr zu ermöglichen. Weiter verlangen wir, daß der Straßenbau und das heimische Material aus volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Gründen mehr als bisher Berücksichtigung finden. Endlich verlangen wir die Anerkennung der Produktivität des Straßenbaues durch die Beratungskommission für In- und Auslandsanleihen; eine größere Berücksichtigung bei den Notstandsmaßnahmen, sowie die Bereitstellung von größeren Mitteln hierzu, weil der planmäßige Ausbau unseres Straßennetzes durch die immer schneller um sich greifende Motorisierung des Verkehrs zwangsläufig bedingt ist. Durch den Ausbau des Straßennetzes wird gleichzeitig produktive Arbeit geschaffen, die der Volkswirtschaft und dem großen Heer der Arbeitslosen zugute kommt. Trotz der großen Arbeitslosigkeit wird dieser Weg der Arbeitsbeschaffung nicht in dem Maße beschritten, wie es die allgemeine Arbeitsmarktlage erfordert. Statt eines planmäßigen, dauerhaften Ausbaues der Straßen werden vielfach Ersparnisse verwendet, deren Unzulänglichkeiten von den maßgebenden Straßenaufsehern schon längst festgestellt wurden, für die aber große Summen ins Ausland wandern.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß trotz unserer Bemühungen auf Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit in der Steinindustrie immer größere Formen annimmt. Nachstehende Aufstellung, die allerdings auf dem Monat September basiert, liefert dennoch dafür den deutlichsten Beweis. Die Arbeitslosigkeit hat sich inzwischen weiter katastrophal verschlechtert. Schuld an der Ueberholung dieser Aufstellung trägt auch ein Teil unserer Verbands-Zahlstellenverwaltungen, die sich noch immer nicht an eine schnelle Berichterstattung gewöhnen können. Die Erhebung, an der sich trotz dreimaliger Aufforderung 35 Zahlstellen nicht beteiligten, zeigt folgenden Resultat:

Gau	Zahlstellen insgesamt	berichtet haben	mit Mitgliedern	davon waren:		Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit beträgt
				arbeitslos	ausgesteuert	
NO	75	72	5722	1017	126	17,77%
NW	72	72	4991	538	51	10,77%
II	82	82	12825	1959	206	15,27%
III	67	65	15512	1929	167	12,43%
IV	166	159	10012	1326	155	13,24%
V	87	77	4544	822	21	18,0%
VI	60	56	4379	421	94	9,61%
VII	65	61	4685	190	28	4,05%
VIII	50	48	4476	768	104	17,15%
IX	69	66	5082	1180	312	23,21%
	793	758	72228	10150	1264	14,05%

Aus dieser Aufstellung ist zunächst ersichtlich, daß bereits Ende September, also zu einer Zeit, in der in früheren Jahren stets eine lebhaftige Tätigkeit in der Steinindustrie zu verzeichnen war, eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 14 auf Hundert zu verzeichnen war. Sehr wichtig ist weiter, daß von den Arbeitslosen über 12 vom Hundert aus der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausgesteuert waren. Beim Erscheinen dieser Zeilen sind wie bereits bemerkt,

diese Angaben durch weitere Verschlechterung überholt. Erkennbar wird dies daran, daß nicht weniger als 52 Zahlstellen über bereits angemeldete Betriebsstillegungen und 437 Zahlstellen über starken Arbeitsmangel berichteten, was jeden Tag größere Entlassungen erwarten läßt.

Berteilt auf die einzelnen Berufsarten im Verbands- und jeinen Gauen ergibt sich folgendes:

Kollegen, stärkt eure gewerkschaftliche Macht!

Diese Macht sah zahlenmäßig in den verflossenen Jahren so aus:

Jahr	Mitglieder	Steinsetzer und Berufsangehörige	Steinarbeiter
1924	43 927	6 485	37 442
1925	56 005	8 739	47 266
1926	55 432	10 107	45 325
1927	59 987	11 587	48 400
1928	68 033	14 002	54 031
1929	73 207	16 702	56 505
II. Quartal 1929	71 242	17 205	54 037

Der Verbandsarbeiter muß wissen: Das Eintrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 100 Pfg. für weibliche und jugendliche Mitglieder 50 Pfg. für Lehrlinge 30 Pfg.

Der wöchentliche Beitrag beträgt einen Stundenverdienst zuzüglich Lokalaufschlag.

Als Gegenleistung zahlt der Verband: Streik-, Gemäßregelungs-, Erwerbslosen- (Arbeitslosigkeit am Ort oder auf der Reise), Kranken- und Sterbefallunterstützung auch beim Todesfall der Frau des Mitgliedes. Gewährt unter gewissen Voraussetzungen den Verbandsmitgliedern auch Notfallunterstützung, Rechtsschutz und Umzugsunterstützung.

Außerdem erhält das Mitglied wöchentlich die Verbandszeitung „Der Steinarbeiter“ mit monatlicher illustrierter technischer Beilage.

Der Verband leistete an Unterstützung im Jahre

Jahr	Streik- und Gemäßregelungs-Unterstützungen Mark	Kranken- bzw. Erwerbsl.-Unterstützungen Mark	Sonstige Unterstützungen Mark
1924	86 570	—	7 860
1925	508 321	159 903	20 180
1926	375 801	265 188	30 473
1927	139 497	324 833	38 642
1928	1 050 789	569 672	40 324

Prozentual von der Gesamteinnahme verausgabte unser Verband:

Jahr	1926	1927	1928
Für Agitation und Lohnbewegungen ohne Kampf	11,81	13,43	12,20
Für Unterstützungen	39,21	23,93	63,34
Für das Verbandsorgan	5,45	5,35	5,00
Für Bildungsbemühungen	0,62	2,35	2,18
Für Verwaltung (persönliche)	3,84	3,50	3,05
Für Verwaltung (sachliche)	2,08	2,45	4,19
Für sonstige Verbandsverpflichtungen	1,30	2,32	1,10

Je größer die Zahl der organisierten Berufskollegen, desto leistungsfähiger und mächtvoller die Gewerkschaft.

Darum, Kollegen, nicht nachlassen in der Werbung! Größere Macht dem



Gau	Von den arbeitslosen Kollegen entfallen auf die					
	Pflaster- und Schotterindustrie	Steinsetzergewerbe	Sand- u. Pflastersteinindustrie	Granitsteinindustrie	Granitwerksteinindustrie	Marmorindustrie
NO	80	786	59	1	5	29
NW	105	347	41	3	2	31
II	1254	370	134	6	103	19
III	1150	222	212	81	223	30
IV	455	536	189	7	4	50
V	360	288	65	10	—	11
VI	128	15	205	24	33	13
VII	45	26	2	21	62	17
VIII	67	37	641	—	—	5
IX	905	109	67	3	4	32
	4549	2736	1615	156	436	237
						421

Auch hieraus ist ersichtlich, daß die Arbeitslosigkeit in erster Linie die Weichwerksteinindustrie trifft. Nach der Zahl der in der Industrie beschäftigten waren rund 30 Prozent am 30. September arbeitslos. Unerhältnismäßig groß war auch die Arbeitslosigkeit in der Pflasterstein- und Schotterindustrie, sowie im Steinsetzergewerbe, was auf die Eingangs dargelegten Gründe zurückzuführen ist, die uns veranlassen, die bereits erwähnten Forderungen aufzustellen.

Bei einigen Behörden haben darüber bereits Verhandlungen stattgefunden, über deren Ergebnis die „Steinarbeiter“ Nr. 34 und 45 kurz berichten. Inzwischen sind von einigen Landesarbeitsämtern weitere Antworten auf unsere Anträge eingegangen, die wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

Landesarbeitsamt Bayern berichtet, daß es schon bisher im Sinne unseres Schreibens tätig war und die verschiedenen Behörden um Auftragserteilung an die Steinindustrie ersucht hat.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft hat inzwischen mitgeteilt, daß die Vergebung ihrer Aufträge für das letzte Quartal 1929 und das erste Quartal 1930 im Gesamtausmaße von etwa 300 000 Tonnen Bettungsschotter bereits erfolgt sei.

Die bayrischen Staatsbehörden teilten ihnen mit, daß die zur Verfügung stehenden Mittel für Straßen- und Wasserbau mit Ausnahme ganz geringer Rückhaltsummen aufgebraucht seien. Aufträge könnten daher augenblicklich nicht erteilt werden. Da aber voraussichtlich, wie bisher, so auch für das kommende Haushaltsjahr, die zu Bauzwecken bestimmten Haushaltsansätze vorwiegend verabschiedet werden, dürfte sich, wenn der Vorgriff zugestanden wird, die Vergebung weiterer Aufträge ermöglichen lassen. Ähnliche Verhältnisse sollen auch bei den Gemeinden und Bezirken vorliegen.

Der bayrische Städtebund hat an seine Mitgliedstädte das Ersuchen gerichtet, der bedrängten Lage der heimischen Steinindustrie, sowohl der Hausstein- als auch der Pflasterstein- und Schotterindustrie, nach Möglichkeit entgegenzukommen, damit durch Vorausbestellungen die Sicherung der Beschäftigung gegeben wird.

Daneben hat das Landesarbeitsamt unsere Schreiben erneut zum Anlaß genommen, an die einzelnen großen Städte wegen Vergebung der Aufträge heranzutreten, sowie auch das Finanzministerium ersucht, die vom Landtag zu bewilligenden Mittel rasch zur Verfügung zu stellen. Außerdem hat es uns eine Besprechung mit den für die Auftragserteilung in Frage kommenden Körperschaften in Aussicht gestellt.

Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland bemerkt, daß es mit Erfolg bemüht ist, für die Betriebe der Steinindustrie, insbesondere bei den Beschaffungsstellen der Behörden (Reichsbahn, Reichspost, Provinzial- und Kommunalbehörden usw.), Aufträge für die Wintermonate anzuregen.

Sobald die Besprechungen mit den genannten Behörden zum vorläufigen Abschluß gekommen sind, was in Kürze der Fall sein soll, werden wir zu einer Aussprache ersucht.

Landesarbeitsamt Niedersachsen hat mit Interesse von unseren Ausführungen Kenntnis genommen und teilt uns mit, daß es ebenfalls schon wieder Gelegenheit genommen hat, bei den öffentlichen Körperschaften auf die zweckmäßige Verteilung der Aufträge hinzuwirken. Desgleichen hat es erst kürzlich den hannoverschen Städte- und Landkreistag ersucht, einen Vorgriff auf den Haushalt des künftigen

Rechnungsjahres vorzunehmen, damit die in Aussicht genommenen Arbeiten schon jetzt vergeben werden können.

Ausdrücken mit den Arbeitgebervertretern haben bereits stattgefunden. Uns wird die Bereitwilligkeit dazu in Aussicht gestellt.

Landesarbeitsamt Pommern: Besprechungen in der von uns gewünschten Art haben bereits mit den Abnehmern von Erzeugnissen der Steinindustrie stattgefunden. Die in Frage kommenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände sind allerdings nicht zugezogen worden, weil die dort anässige Steinindustrie von nur untergeordneter Bedeutung ist, und die wenigen Schotterwerke fast ausschließlich der Reichsbahn gehören. Wörtlich wird dann weiter gelagt:

Die zu den Besprechungen hinzugezogenen Spitzenorganisationen der Wegebau- und Unterhaltungspflichtigen öffentlichen Körperschaften sowie die Reichsbahndirektion haben allgemein die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Verteilung der Aufträge und damit auch der Lieferungen über die verschiedenen Jahreszeiten zur Behebung der Notlage in der deutschen Steinindustrie anerkannt und ihre nachdrückliche Mitarbeit an der Durchführung der von der Reichsregierung erzwungenen Maßnahmen auf dem Gebiete des Saisonausgleichs zugesichert. Der Pommersche Landkreis betonte z. B. ausdrücklich, daß es keinerlei Schwierigkeiten mache, den größten Teil des Steinbedarfs schon im Winter zu decken.

Von besonderer Bedeutung in dem vom Landesarbeitsamt Pommern umfaßten Gebiete ist dagegen die gewünschte Ausschaltung der schwedischen Pflastersteineinfuhr. Während der Bedarf an Schotter und Splitt (auf 300 000 Tonnen jährlich) ganz aus heimischen Erzeugnissen gedeckt wird, und zwar zu 60 bis 70 Prozent aus pommerschen Findlingen und zu 30 bis 40 Prozent aus sächsischen und schlesischen Hartsteinbrüchen, wird ungefähr die Hälfte des Bedarfs an Pflastersteinen, rd. 100 000 Tonnen jährlich, aus Schweden eingeführt, die andere Hälfte (100 000 Tonnen) kommt aus Sachsen und Schlesien. Die Ausschaltung der schwedischen Einfuhr sei jedoch schwierig, da die schwedischen Pflastersteine in Pommern frei Baustelle um 10 bis 20 Prozent billiger sind als die deutschen Steine. Der niedrigere Preis erklärt sich in der Hauptsache aus den geringeren Frachtkosten. Während sich die Fracht für deutsche Pflastersteine in Pommern auf rund 7 Mt. je Tonne beläuft, beträgt sie für die schwedischen Pflastersteine nur rund 5,60 Mt. Dazu kommt, daß auch die Gesteinskosten der schwedischen Pflastersteine etwas billiger sind als die der deutschen, und zwar infolge der vorteilhaften Lage der schwedischen Steinbrüche unmittelbar an der Küste. Die schwedischen Steinbrüche brauchen nicht, wie die deutschen, den Abraum auf besondere Halben zu schütten, sondern können ihn direkt in die See verwerfen.

Das Problem der Ausschaltung der schwedischen Pflastersteineinfuhr nach Pommern ist hiernach in der Hauptsache eine Frage der Tarifpolitik der Eisenbahn. Aus diesem Grunde wurden die gesamten Unterlagen dem Herrn Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung abgegeben, da die Klärung der tarifpolitischen Fragen zentral erledigt werden muß.

Landesarbeitsamt Westfalen will sich ebenfalls seit längerer Zeit mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage seiner Steinindustrie befassen. Es erkennt auch an, daß die von uns geforderten Maßnahmen die Notlage der Steinindustrie heben könnten. Nach seiner Ansicht stoßen aber unsere Forderungen im Augenblick bei allen Körperschaften auf einen unüberwindlichen Widerstand, weil die Struktur des Kapitalmarktes und die starke kurz- und langfristige Verschuldung der öffentlichen Körperschaften eine Einschränkung aller Bauaufträge erzwingt. Aus diesem Grunde dürfte es seiner Ansicht nach nicht möglich sein, schon jetzt auf die für das nächste Jahr projektierten Arbeiten vorzugreifen. Unter diesen Gesichtspunkten und im Hinblick auf eine bereits im September stattgefundene Sitzung, die sich mit der zweckmäßigen Verteilung der öffentlichen Aufträge beschäftigte, nimmt es von unserem Vorschlag auf eine gemeinsame Aussprache Abstand. Es will aber auch weiterhin in Verhandlung mit einzelnen Verbänden und Behörden nach den gegebenen Verhältnissen und unter den derzeitigen Schwierigkeiten, von dem Landesarbeitsamt nicht zu behebenden Schwierigkeiten der Steinindustrie geholfen werden und ihrer Notlage keuern.

Ueber die Besprechung beim Landesarbeitsamt Sachsen hatten wir bereits berichtet.

Im großen und ganzen muß anerkannt werden, daß die Landesarbeitsämter, die wohl als die berufensten Behörden zur Ueber-

wachung des Arbeitsmarktes angesehen werden dürfen, bemüht sind, der Notlage der Steinindustrie Rechnung zu tragen. Zu wünschen ist mir, daß die ihnen von den verschiedenen Körperschaften gemachten Versprechungen in die Tat umgesetzt werden. Darüber hinaus ist es aber notwendig, daß unsere Kollegen in den verschiedenen Körperschaften überall für vermehrte Verwendung von Naturstein eintreten.

Einspruch und Berufung in der Arbeitslosenversicherung

Durch das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. Oktober 1929“ sind auch die Vorschriften über das Verfahren (Berufungen) umgestaltet worden. Es erscheint aus diesem Grunde angebracht, einmal kurz die Bestimmungen über das Einspruchs- und Berufungsrecht der Versicherten zu streifen.

Nach § 172 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes entscheidet über jeden Antrag auf Arbeitslosenunterstützung der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Gegen die Entscheidung des Vorsitzenden ist Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes zulässig. Dieses Einspruchsrecht hat nun nicht nur der Arbeitslose allein, sondern es ist hierzu jeder berechtigt, der an der Abänderung der Entscheidung des Vorsitzenden ein berechtigtes Interesse hat. Nach der Meinung der Gesetzgeber ist ein berechtigtes Interesse in weitem Umfange anzuerkennen. Nicht berechtigt einen Einspruch einzulegen ist der Vorsitzende selbst. Ihm steht es ja frei, seine Entscheidung selbst anders zu fällen oder abzuändern. Weiter können die Mitglieder des Verwaltungsausschusses und andere Dienststellen der Reichsanstalt keinen Einspruch einlegen. Für den Einspruch selbst ist keine bestimmte Form vorgeschrieben. Er kann deshalb sowohl mündlich als auch schriftlich eingelegt werden. Die Einspruchsfrist beträgt 2 Wochen. Sie beginnt mit der Bekanntgabe der Entscheidung des Vorsitzenden. Der Arbeitslose, dem durch eine Entscheidung des Vorsitzenden der Anspruch auf eine Leistung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen wird, ist über das Recht zur Erhebung des Einspruchs, sowie die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, in der Entscheidung zu belehren. Die Einspruchsfrist läuft für den Arbeitslosen nicht, solange der Vorsitzende es unterläßt, den Arbeitslosen über sein Einspruchsrecht zu belehren. Sehr wichtig ist, daß der Einspruch keinen Aufschub bewirkt. Die vom Vorsitzenden gefällte Entscheidung gilt, solange der Einspruch nicht beendet ist. Ueber den Einspruch entscheidet der bei jedem Arbeitsamt errichtete Spruchauschuß. Dieser besteht aus dem Vorsitzenden des Arbeitsamtes und je einem Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber. Die Verhandlungen des Spruchauschusses sind öffentlich und mündlich. Diese Bestimmungen über den Einspruch sind durch das neue Gesetz nicht verändert; geändert sind jedoch die Vorschriften über das Berufungsrecht. Das alte Recht bestimmte hierüber: „Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses ist Berufung des Arbeitslosen oder des Vorsitzenden oder jedes Beisitzers im Spruchauschuß an die Spruchkammer des Landesarbeitsamts zulässig.“ Nach dieser Vorschrift war also die Einlegung der Berufung in jedem Falle möglich. Jetzt lauten die Bestimmungen folgendermaßen:

„Gegen die Entscheidung des Spruchauschusses ist Berufung des Arbeitslosen oder des Vorsitzenden oder jedes Beisitzers des Spruchauschusses an die Spruchkammer zulässig, wenn der Spruchauschuß

1. die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes abgeändert oder
2. sie zwar bestätigt, aber nicht einstimmig bestätigt oder
3. sie zwar einstimmig bestätigt, aber die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles mit Mehrheit zugelassen hat.

Hat der Spruchauschuß die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes bestätigt, so hat der Vorsitzende des Spruchauschusses dem Arbeitslosen bei der Bekanntgabe der Entscheidung mitzuteilen, ob der Spruchauschuß seine Entscheidung einstimmig getroffen hat, wenn ja, ob er gleichwohl die Berufung wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles zugelassen hat. Ist die Berufung zulässig, so hat er bei der Bekanntgabe der Entscheidung den Arbeitslosen, dem durch die Entscheidung der Anspruch auf eine Leistung ganz oder teilweise abgelehnt oder entzogen wird, über

das Recht zur Einlegung der Berufung sowie die Form und Frist, die dabei einzuhalten ist, zu belehren.“ Das Berufungsrecht des Arbeitslosen ist demnach gegenüber früher eingeschränkt. Die Berufung ist beispielsweise ausgeschlossen, wenn der Spruchauschuß die Entscheidung des Vorsitzenden einstimmig bestätigt hat. Ueber die Art und Weise und Frist der Berufung gelten dieselben Bestimmungen, die für den Einspruch maßgebend sind. Eine Spruchkammer ist bei jedem Oberverwaltungsamt errichtet, in dessen Bezirk ein Landesarbeitsamt seinen Sitz hat. Die Spruchkammer besteht aus einem Mitgliede des Oberverwaltungsamtes als Vorsitzenden und je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die dem Oberverwaltungsamt angehören müssen.

Die Spruchkammer — aber nur diese, nicht auch der Arbeitslose — kann die Streitfrage an den Spruchsenat für Arbeitslosenversicherung beim Reichsverwaltungsamt weitergeben, wenn es sich um die Auslegung einer Vorschrift von grundlegender Bedeutung handelt. Die Spruchkammer muß die Sache an den Spruchsenat abgeben, wenn das Reichsverwaltungsamt über die Auslegung zwar eine grundsätzliche Entscheidung bereits gefällt hat, die Spruchkammer aber von derselben abweichen will.

Hohe Löhne — das Mittel der Krisenüberwindung

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika drohte in eine Krise zu kommen. Das hat den Präsidenten Hoover veranlaßt, energische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des konjunkturellen Hochstandes zu treffen. Eine Wirtschaftskonferenz fand statt, wo die Unternehmer die Erklärung abgaben, daß sie eine Herabsetzung der Löhne nicht eintreten lassen würden. Die Gewerkschaftsvertreter haben daraufhin erklärt, daß sie Anträge auf Lohn-erhöhung vorläufig nicht stellen wollen. Das Bemerkenswerte ist aber, daß ein Wirtschaftsrat ins Leben gerufen werden soll, der aus Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter besteht. Bei dieser Gelegenheit hat Ford angekündigt, daß er eine Lohnherabsetzung eintreten lassen würde. Den Grund der Wirtschaftsverfallender steht Ford darin, daß die amerikanische Produktion zwar nicht der Konsumkraft, aber der Kaufkraft gleichkomme. Nicht eine Ueberproduktion von Waren, sondern ein Unterangebot von Kaufkraft sei vorhanden. Die Wirtschaft brauche Geld, und zwar in den Händen der Bevölkerung, in der es Kaufkraft ist. Die Bevölkerung habe die Kaufkraft schon ausgeschöpft, ohne ihren Bedarf bereits gedeckt zu haben. Die Bemühungen der USA, den Hochstand der Produktion und des Verbrauches zu wahren, erscheint in einem günstigen Lichte, wenn wir den nachstehend erläuterten hohen Lebensstandard betrachten:

Das bestehende Departement of Commerce errechnet die jährlich für Luxus und Vergnügungen in den USA ausgegebenen Beträge auf etwa 21 Milliarden Dollar. Die Warenpreise liegen zur Zeit 60 bis 70 v. H., die Löhne jedoch mehr als 130 v. H. über den Stand von 1914. Die dadurch ausgedrückte Steigerung des Reallohns kommt im wesentlichen der Erhöhung des Lebensstandards zugute. Während 1910 auf 265 Einwohner ein Automobil kam, kam 1917 auf je 22, 1919 auf je 16 und 1928 auf je 6 Einwohner ein Kraftwagen. In der Klasse der Autos mit einem Verkaufspreis von etwa 1100 Dollar wurden 29 v. H. der Gesamtverkäufe mit Arbeitern, 30 v. H. mit Meistern und kaufmännischen Angestellten, 14 v. H. mit Hausfrauen und 27 v. H. mit selbstständigen Gewerbetreibenden, gegen Kaffe wurden 38,6 v. H. der Gesamtverkäufe und 61,4 v. H. auf Abzahlung, getätigt. Die Radioindustrie setzte 1928 etwa 650 Millionen Dollar um. Mechanische Haushaltungsgegenstände erreichten 1927 einen Absatz in Höhe von 1,64 Milliarden Dollar. Die Zahl der Telephone hat sich von 43 auf je 1000 Einwohner 1913 auf 95 im Jahr 1918 erhöht.

Wir haben in Deutschland auch nicht annähernd einen solchen Lebensstandard zu verzeichnen. Es müßte Aufgabe aller sein, ihm zuzustreben. Dagegen gewahren wir bei uns, daß immer noch auf den alten Mitteln der Lohnherabsetzung und der altpreußischen Sparsamkeit herumgeritten wird. Die deutschen Unternehmer denken in erster Linie an sich, ohne den volkswirtschaftlich richtigen Gedanken zu erfassen, daß hohe Massenkaufkraft allgemeine Wirtschaftsbüthe bedeutet.

Der störrische Gaul

(Eine Wiesbadener Begebenheit.)

Ein Fuhrmann fuhr mit seinem Gaul die Platterstraße einwärts. Mit Hü und Hott und grobem Maul treibt den Gaul zu schnellem Lauf. Er selber ging zu Fuß mit. Der Gaul, bedächtigt Schritt für Schritt, gebulbig zieht des Karrens Last. Da macht er plötzlich eine Raft, bleibt mitten auf der Straße stehen und will durchaus nicht weitergehen.

Der Fuhrmann tobt und wird sehr wild. Nach Fuhrmannsart ganz laut er schilt und schlägt den müden Gaul gar viel mit einem dicken Peitschenstiel. Da kommt ein junger Mann daher und ruft: „Halt ein, halt ein! Was schlägst du denn den Gaul so sehr? Der Mensch soll doch kein Schinder sein! So gib ihm doch ein gutes Wort, dann zieht er schon den Karren fort!“

Da lacht der Fuhrmann voller Hohn und spricht: „Mein lieber Sohn, das werden wir ja gleich mal sehen, ob dann der Gaul wird weitergehen. Ich sage dir, das ist nichts nützlich. Dann zieht er vor dem Gaul die Müß und spricht zu ihm voll Höflichkeit: „Mein lieber Gaul, bist du bereit und möchtest freundlich dich bemühen, den Karren weiter jetzt zu ziehen?“

Da spitzt der Gaul die Ohren fein und wiehert freudig hell, legt sich in das Geschirr hinein und zieht den Karren von der Stell, und mit bedächtigt stetem Lauf schafft er die Last den Berg hinauf.

Marie Herrmann (Wiesbaden).

Deutsche Pflasterer im Orient

Von Triest mit Schiff nach Alexandria, Ägypten. Kairo. Pyramiden. Der Nil bis Assuan. Zurück nach Alexandria. Das Mittelmeer blau. Der Wind weht heiß von der Libyschen Wüste herauf. Die Sonne fliegt wie ein goldener Schwan über die Friederklauen des hohen Himmels hinweg. — So ist der Süden! Und das alles sehen und erleben in Schönheit der Hans und der Gustav: die beiden mutigen Weltreisenden, die beiden Pflasterer aus Hessen. Jung sind sie beide: der Jüngling, dem Mute und dem Frohsinn gehört die Welt. Langt nur danach — und ihr habt sie in Händen und im Herzen! Probiert es.

Alexandrien: zum zweiten Male. Hans, was nun? Fahren wir mit dem Franzosen nach Marseille, zurück nach Europa? Zurück! Dummheit! Nicht zurück — sondern vorwärts. Immer

weiter! Gut. Dort an der Hasenpier liegt der kleine Grieche — der alte Frachtdampfer — er hat am Vormast den blauen Abfahrtswimpel: heute nacht fährt er — Die Nacht ist da — wir fahren schon — die Sterne über uns tanzen einen wilden Reigen — bei der Reigenmusik der Sterne schlafen wir ein. Glückliche Träume — das Meer wiegt uns: mit den Armen der längst toten Mutter.

Land. Palästina. In Jaffa von Bord. Jerusalem — zu Fuß nordwärts — nach Damaskus. Damaskus — der bunte Bazar. Im Bazar macht der Hans und der Gustav Bekanntschaft — ihre fernen Antike machten Eindruck auf zwei andere kühne Antike: vier Paar Augen sagen sich Freundschaft — jawohl: die Hand dazu — abgemacht: bei einer Tasse Mokka — und bei der Wasserpfeife: jawohl: yes: wir reisen mit! Hans und Gustav sind bereit. Bereit — zu was — mit wem — wohin? Hier die Antwort: Die beiden anderen sind Engländer: Forschungsreisende: Archäologen — sie gehen nach Palmyra, nach Osten, hinein in den tiefen Orient — Palmyra: Ausgrabungen — alte Zeiten sollen im Blick der Heutzutage wiedererlehen — der Hans und der Gustav kommen den Forschungsreisenden wie gewünscht — Pflasterer: Leute, die mit Steinen und Tiefbauten Bescheid wissen. Wann fahren wir? Morgen früh — wenn die Sonne mit ihrem hellen Liede die Kinder von Damaskus weckt! Frisch auf — zur Reise.

Wir fahren in vier Automobilen durch die syrische Wüste, immer ostwärts. Sand — gelbroter Sand. Straße? Da ist keine Straße — Spuren von anderen Automobilfahrten sind die Richtungswieser: dazu hilft der Stand der Sonne — und die luftig springende Nadel des Kompasses.

Palmyra taucht auf — gegen Abend. Im Westen brennt der Horizont — die Wüste ist ein weites Feuermeer, wellig, lach, die untergehende Sonne gleicht einem sprühenden Vulkan. Ostwärts ist der Horizont in leichten lilaviolett Dunst getaucht: da herinnen stehen scharfe Silhouetten: Palmenhaine, phantastische Säulenreihen, spitze schmale Moscheentürme — dahinter wächst schnell und scharf das nachtschwarze Gebirge herauf.

Fort ist die Sonne. Schon steht am Himmel das erste Sonnen-gold. Hundegeschell um uns her. Nackte braune Kinder. Frauen im buntesten Kattun: große, neugierige Augen. Männer: weiß und blau — blühende Zähne — alte Steinschloßpistolen im Gürtel. Friede sei mit euch, ihr Fremdlinge aus Frankland! Und über euch möge Allah das Füllhorn seines Segens ergießen, Wohner und Wohnerinnen von Palmyra!

Der andere Tag. Die Zelte stehen schon. Neugier treibt die Forscher durch Palmyras Ruinen. Der Tempel des Baal: des altassyrischen Gottes — erbaut wann? Das wollen wir erforschen. Vielleicht in seinen Grundmauern erbaut um 1100 vor Christus?

Gut — laßt uns an die Arbeit gehen. Wer will helfen? An die hundert braune, magere Gesellen sind gedungen — ein Arbeitskontrakt ist aufgesetzt: für sechs Monate im Dienste der Engländer: Ausgrabungen von Palmyras Ruinen. Und der Hans und der Gustav? Alle beide sind Vorarbeiter — sie leiten die Ausgrabungsarbeiten — die Engländer messen und rechnen und schreiben — fünf Monate sind schon um, manches schöne Marmor- oder Granit- oder Erzstück ist in eisenbeschlagene Kisten verpackt: archäologische Funde aus Assyrierzeit — bestimmt fürs Britische Museum in London City, der Hauptstadt der Welt!

Hans und Gustav — was ist heute? Heute ist ein Glückstag, heute sind wir mit der Arbeitskolonne auf assyrischen Straßenpflaster gestochen — ein Straße, hin zum Sonnentempel Baals.

Granitpflaster, acht Meter unterm Wüstenland — vor 3000 Jahren gelegt — Kriegsvölker ziehen drüber hinweg, die nach Westen wollen — das Reich Judäa und Phönizien zu erobern. Kriegsvölker, die von Ninive kommen, der Hauptstadt des großen assyrischen Weltreiches, das bis nach Indien hin seine geflügelten Stiere traben läßt — die Stiere: Symbole assyrischer Macht!

Palmyra. Assyrierzeit. Groß und mächtig der Tempel Baals. Die Feldherren und die Hauptleute opfern im Tempel — den Sonnengott freundlich zu stimmen, daß er Segen gebe den assyrischen Waffen, den Kriegswagen, den Bogenschützen und den Schwertschwingern!

Baals Tempel zu Palmyra — ein mächtiger Säulendau — blauer Rauch blüht auf aus rotflamendem Opferfeuer, der rauhe Gesang langbärtiger Priester, der Klang der Schwerter auf erzenen Schilden: der Rhythmus zum Opfergesang! Und dann das Wunder, die Erscheinung — langsam rauscht der purpurne Vorhang nach zwei Seiten zurück, das Allerheiligste öffnet sich, dort steht sie: naht und schön, die Tochter des Himmels: die strahlende Astarte, aus purem Golde, beleuchtet von glühenden Kohlenbecken: Astarte, Baals beglückende Tochter! Und wie vom Blig getroffen fallen auf ihr Antlitz die Kriegshelden: die Feldherren, Obristen und Hauptleute, die Vorkämpfer des assyrischen Heeres. Ihre Körper zittern in Ekstase, Verzückung durchschauert ihre Glieder, gläubig sind ihre Herzen, ihre Seelen sind ganz Ehrfurcht — nun hebt Astarte ihre Arme, sie segnet die im Staube Liegenden, die Bittenden werden erhört: Sieg dem geflügelten Stiere, der Judäas Felder und Fluren zerstampfen wird, der in Tyros und Sidon aus den blauen Fluten des großen phönizischen Meeres trinken wird! Seinen Durst von dem Wert der Vernichtung zu löschen.

Vorbei — die Bistonen zerstäuben nichts mehr steht von der alten Tempelpracht zu Palmyra: nur ein paar Säulenreihen — aber aus der Tiefe herauf wachsen als Trümmerstücke die Jahrtausende — formen sich zum Gedankenbild — der Stein blüht wieder, wie vor dreitausend Jahren: Tempel des Baals und der Astarte — Tempel der Sonnengötter Alt-Palmyras!

Sion

(Nachdichtung aus dem Hebräischen.)

Wir brechen den Stein: Wenn Judas nicht horcht: zum Römerpalast. dann spricht Jesus laut: Der Fronvogt treibt uns: Von Zukunft und Freiheit: Welch böse Haß! von einem Bau!

Wir brechen den Stein: Von einem Bau für Phariseer. der die Völker der Erde: Dort steht Er, der Judas: Als Brüder und Schwestern: Der schwarze Späher! beherbergen werde!

Er lauscht und horcht: Zion wird sterben: auf unsere Worte — sein Glanz wird verwehen: Er schielt nach rechts: Doch die Idee des Jesus: zur Zuchtbauspforte! die wird bestehen!

Da ist einer bei uns: Sie wird dauern und dauern: der hat viel Mut: Jahrtausende lang: Jesus heißt er: Zur Wissenschaft reifen: sein Herz ist gut!! frei Volk und frei Land!

Mag Dortu.

Die österreichische Tragödie

Das Vorkriegsgefecht der europäischen Reaktion.

Von Viktor Stein, Wien.

Kein ernst denkender Mensch kann den Ereignissen, deren Schauplatz jetzt Oesterreich ist, die Aufmerksamkeit verweigern. Am wenigsten aber die arbeitenden Menschen aller Länder. Sie haben sich im Laufe der letzten Jahre daran gewöhnt, in der kleinen deutschen Republik im Herzen Europas den Herrschaftsbesitz der europäischen Proletariats zu hören. — Dieser Herrschaftsbesitz ist augenblicklich etwas gestört. Und aller Teile der arbeitenden Menschen Europas hat sich eine gewisse Unruhe bemächtigt.

Es sind durchaus ernste Dinge, um die es sich in Oesterreich handelt, volkswirtschaftlich und politisch, ganz besonders für die Arbeiterbewegung sind sie von großer Tragweite. Seit etwa zwei Jahren ist das Wirtschaftsleben des kleinen Landes, dessen Arbeiterklasse Wunder der Zuversicht und des Selbstvertrauens entwarf, dessen Arbeiterklasse sich eine prächtige organisatorische Geschlossenheit bewahrt und infolgedessen bis jetzt der Reaktion erfolgreich Widerstand geleistet hat, zum Exerzierfeld der Reaktion geworden. Die Orgel, die Organisation Konfuzi und unter welchem Namen verschiedene Gebilde der deutschen Reaktionen aufgetreten sind, haben ihre Hebelkraft verlohren, die Reaktionen sind gesunken, was ihnen in Deutschland verlagert blieb: der Putz gegen die Republik. Nun sind wir in Oesterreich so weit, daß wir in der Heimwehr eine Art Kombination zwischen italienischem Faschismus und deutscher Feme-Mordorganisation haben. Allerdings fand die Verschwörerreaktion nirgends einen so günstigen Boden wie in dem arbeitslosen, von Tag zu Tag nur lebenden Splitter Europas, der man gegen seinen Willen zur Selbständigkeit verurteilt hat. Da ist die Not so groß, als daß sich ihrer die Reaktion nicht bemächtigte, hier ist die Zahl der Unglücklichen, der Arbeitslosen, der aus dem Gleise geworfenen, der Deklassierten verhältnismäßig so groß, als daß sich aus ihnen nicht eine Armee hemmungsloser Desperatoren bilden ließe. — Es bedarf nur einiger organisatorischer Routine, und die verschafft man sich durch Anwerbung von Leuten, die sich irgendwann oder irgendwo in der proletarischen Bewegung betätigt haben und wegen moralischer Unzulänglichkeit ausgeschaltet werden mußten. So entstand, rascher als man es für möglich gehalten hätte, eine Bewegung, die dank der guten Stimmittel, über welche ihre Führer verfügen, dank auch ihrer unlegbaren Kräfte (die allerdings zu einer Gefahr und zur Katastrophe für die Wirtschaft geworden ist), vom Bundeskanzler als unwiderstehlich bezeichnet wurde. Ihre Anziehungskraft ist in den Reihen der bürgerlichen Unzufriedenen so groß, daß das Gefüge der bürgerlichen Parteien allenthalben gelockert, der Bestand der Parteien selbst in Frage gestellt ist. Was noch vor kurzer Zeit „Einheitsliste“ hieß, trägt heute den Hut mit dem Halmenkranz, das Abzeichen des Heimatschutz-, „Gedankens“. Die Forderungen des Heimatschutzes veranlassen Sonntag für Sonntag Umzüge, manchmal nennen sie sie Wimpelzüge, um dem Ganzen auch einen gewissen fröhlichen Charakter zu geben. Die Kirche ist in Oesterreich ebenfalls verärgert. Die Zahl der Kirchenbesucher war nie so groß, als seit Ignaz Seipel, der frühere Bundeskanzler, sein kirchliches Amt — er ist nicht bloß Professor der Moralphilosophie, sondern auch päpstlicher Hausprälat — in einer sehr wenig christlichen Art aufgefacht hat. Natürlich findet sich die Hierarchie gern bereit, sich der Heimwehr zu bedienen.

Die ganze politische Reaktion hängt sich, so sehr sie die Formen und Methoden der Heimwehrwähler auch verabscheut, an die Schöße der Führer. Frontkämpfer, Monarchisten, Nationalsozialisten; alles findet Anschluß. Aber auch die Unternehmer glauben endlich gefunden zu haben, was sie so lange herbeijagen, die Befreiung von der Herrschaft der Gewerkschaften. Und so beginnen sich die Heimwehr-Gewalttaten zu öffnen aus den Reihen der Banken und der Industrieunternehmungen. Aus den Kassen der Banken und der Industrieunternehmungen, aus den Fonds der monastischen Dotationen, die schon ihre alten abgeschafften Abzweigungen wieder erreichen zu können glauben.

Das rote Wien soll erobert werden; das Hochziel des österreichischen Faschismus ist nicht die Verjagung der Regierung, ist nicht die Verdrängung des Regimes, das, bis auf Wien, in Oesterreich ein Bürgerliches ist. Das Hochziel der Verschwörer, die militärische Aktionen abhalten, die militärisch ausgerichtet sind, ist die Niederwerfung der Arbeiterklasse. Sie sprechen unvorholbar von einer Bartholomäusnacht, die unter den Arbeiterführern veranstaltet werden soll, sie beraten den Angriff auf Wien vor, um die stärkste Machtposition der Arbeiter zu brechen. Die Umzingelung Wiens wird militärisch durch Aufmärsche in der Umgebung und durch Wimpelzügen in Wien (wo Aufmärsche, mit Ausnahme kirchlicher, verboten sind), politisch aber durch eine Verfassungsreform vorbereitet, zu der die Heimwehr Bewegung und bürgerliche Parteien gezwungen haben. Aber auch der Versuch, durch Errichtung einer „unabhängigen“ Gewerkschaftsbewegung die Macht unserer Verbände zu erschüttern, gehört zu dem großen Kriegsplan.

Jetzt handelt es sich nur noch um eine Kleinigkeit: entweder um Erreichung der Zweidrittelmehrheit im Parlament in dem neben 91 bürgerlichen 71 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen, oder um die Zertrümmerung der Gewerkschaften oder um die Eroberung Wiens. Und dies ist nur sehr schwer erreichbar. Sie steht ein absolutes Niederringen der Arbeiterklasse voraus. Wer soll die aber vornehmen? Das ist nun das Große, das Erhebende in dieser Situation wolle Sorgen und Jammer. Die 750 000 Gewerkschaftsmitglieder sind ebenso wie die Mitglieder der Partei geistig und organisatorisch auf den Kampf vorbereitet. Eine Ueberrumpelung ist nicht möglich. Im Parlament ist die Zweidrittelmehrheit für die jegliche Reform in ihrer jetzigen Art nie zu erreichen. Also gibt es nur eins, wenn sich Regierung und bürgerliche Parteien vorbehaltlos dem Terror der Putzisten fügen: den Bürgerkrieg. Wollen die Regierenden ihn haben? Auch jetzt noch, nachdem die Heimwehr ihnen gezeigt hat, wohin der Kurs geht? Der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt, der angesehensten Bank Oesterreichs, die es sich schweres Geld kosten ließ, die Reaktion finanziell zu fördern, ist einzig und allein durch die ständigen Heimwehrtwalle, durch die Drohungen mit Bürgerkrieg zumindest beschleunigt, wenn nicht verschuldet worden. Duzende von Millionen Schillinge ausländischer Gelder, die hier als Darlehen oder Beteiligungen fest lagen, wurden gefündigt, mußten ausgehahlt werden. Und die eine Bank starb. Eine andere mußte sie über Nacht aufsaugen, so daß heute Rothschild und seine Kreditanstalt mehr als zwei Drittel der ganzen österreichischen Industrie beherrscht. Heute ist Rothschild mit seinen internationalen Verbindungen der Beherrscher Oesterreichs. Wollen die Regierenden gegen ihn, der sie gerettet, Krieg führen? Wo glauben sie dann noch Kredit zu finden?

Die Heimwehren treiben zum Bürgerkrieg. Da mußten wir unser Haus umstellen. Das ist geschehen. Bei den auf Beschluß der Gewerkschaftszentrale abgehaltenen Reichstagskonferenzen aller Verbände, bei den Tausenden von Betriebs- und öffentlichen Versammlungen, haben die Arbeiter ihre Kampfbereitschaft zu erkennen gegeben. Aber sie haben nicht den Ehrgeiz, den Kampf zu beginnen. Sie werden sich wehren mit ihren Mitteln, nach ihren Methoden, an den Stellen, die sie sich selbst erwählen werden. „Wir haben die Wirtschaft in der Hand“ und „jeder Betrieb eine Festung“ — so wurde bei den Konferenzen gesprochen, aber es wurde auch vor Hysterie und Nervosität gewarnt. Ruhe und Disziplin, das müssen jetzt die Haupttugenden der Gewerkschafter sein.

Die Arbeiter wissen, daß es diesmal ums Ganze geht. Das sind nicht bloß Verfassungsfragen, das ist der Achtundzenta, das Urausgeseh, das Betriebsstrategie, das sind die Gewerkschaften selbst. Das ist die politische und wirtschaftliche Demokratie, die gemeinhalt werden soll — in Oesterreich; aber kein Arbeiter ist sich im Unklaren darüber, daß dies ein Schlag für alle europäischen Arbeiter wäre. Vom „Vorgefecht in Oesterreich“ sprach in Mannheim Professor Singheimer. Daß es eine Gefahr um die europäische Sozialpolitik, um die europäische Wirtschaft, um den Weltfrieden ist, wissen die europäischen Arbeiter. Und dieses Bewußt-

sein, ein vorgefehtener Posten des europäischen Proletariats zu sein, verleiht ihnen Kraft, Schwung und Ausdauer. Deshalb kann man der europäischen Arbeiterklasse zurufen: Um deine Sache geht es in Oesterreich. Du kannst überzeugt sein, daß die österreichischen Arbeiter und Angestellten dich nicht enttäuschen. Sollten sie fallen, fallen sie nicht feig.

Das Land ohne Konsumenten

Die Krise der Landwirtschaft bringt nicht nur immer neue Pläne an die Deffentlichkeit, auch die Regierung glaubt nunmehr ihre Energie verdoppeln zu müssen. Der derzeitige Reichsernährungsminister legt jedoch ein Programm vor, das auf die primitivsten Hilfsmittel zurückgreift. Der Roggenzoll ist ja bekanntlich bereits im Juli von 5 auf 6 Mark erhöht worden. Ab 15. Februar nächsten Jahres folgt ein erhöhter Weizenzoll von 5 Mark auf 6,50 und 7,50 Mark. Jetzt schlägt der Minister einen Ausgleichszuschlag von 2,50 Mark vor, so daß die deutschen Getreidezölle alsbald mit 9,50 Mark für Roggen und 7 Mark für Weizen zollgeschützt sind. Das ist eine Verdoppelung gegenüber der Vorkriegszeit, wo die Getreidezölle 5 bzw. 5,50 Mark betragen. Bei günstiger Preisgestaltung soll allerdings der erhöhte Zoll nicht zur Anwendung kommen. In erster Linie wird also das Problem vom Getreideförderbau angefaßt, und hier verfährt man auf die allereinfachsten Dinge. Jedermann weiß, daß die Gesundung der Landwirtschaft weniger von der Getreidewirtschaft, sondern mehr von der Verbesserung und Erweiterung der Vieh- und Milchwirtschaft, Steigerung der Geflügelzucht, der Eierzeugung, Erweiterung des Obst- und Gemüsebaus usw. abhängt. Mit den obigen Maßnahmen soll es überdies noch nicht genug sein. Es ist beabsichtigt, größere Mengen Roggen einzulagern und ihn zu Futtermitteln bei der Schweinemast zu verwenden. Mit Polen gemeinsam soll eine Export- und Importorganisation geschaffen werden, womit das Monopol für den Roggen vollständig sein dürfte. Wir glauben nicht, daß die Regierung sich mit dieser Vorlage allzuviel Freunde erwirbt. Die Gesundung der Landwirtschaft läßt sich trotzdem nicht herbeiführen, sondern die Krise wird dadurch nur verlängert. In den Konsumenten scheint man bei der ganzen Angelegenheit überhaupt nicht gedacht zu haben. Die Fr. Jtg. hat nicht unrecht, wenn sie in ihrer Nr. 875 folgendes schreibt:

„Deutschland ist ein meißwürdiges Land. Es ist wohl so ziemlich das einzige Land der Welt, in dem es dem Anscheine nach überhaupt keine Konsumenten, sondern nur Produzenten gibt. Die Folge ist, daß jeder sich nur um den Zoll kümmert, der ihm seine Produktion schützen soll, und daß er ihn auch durchsetzt, wenn er nur laut und lange genug danach schreit. Darum aber, was nun bei solchen Zollmehrböden aus der Gesamtwirtschaft wird, wie ihre Produktionskosten dadurch erhöht werden, wie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt dadurch sinkt — danach wird überhaupt nicht gefragt, nicht einmal von denen, die uns mit ihrem Rufe nach der „freien Wirtschaft“ dauernd in den Ohren liegen. Wozu auch? Es ist ja so viel bequemer, über den Staat und seine Steuern oder über die Arbeiter und ihre Begehrlichkeit zu jammern und zu schimpfen. Denn mit der wirklichen freien Wirtschaft, die die Zollpsychologie aufgab, könnte man ja in die Berlegenheit kommen, sogar mal bei sich selbst den Anfang machen zu müssen. Also denkt man lieber nicht darüber nach.“



Gesperzt:

4. Gau: In Otterholz die Betriebe der Oettrkirchener Sandsteinbrüche AG. — In Altenburg die Steinsefirma Pöschig. Die Firma wurde von der Schlichtungskommission des Tarifbezirks Gera wegen Tarifbruch zu einer Geldbuße von 200 Mark verurteilt und wegen Zahlungsverweigerung aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen.

5. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — Von Oberfeld bleiben Steinmehren fern, Unternehmer lehnen jede Lohnverhandlung ab.

6. Gau: Odenwaldgebiet (Berkstein- und Pfistersteingruppe). Die mit dem Verband der Granit-Industriellen des Odenwaldes (Sitz Heppenheim) über die Entlohnung der Reparationsarbeiten (Kandsteine und Pfistersteine) erneut von uns angebahnten Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt, da die Unternehmer nicht über die Sätze des Schlichtungsspruches des Schlichtungsausschusses Darmstadt hinaus gehen wollen. Die Sache steht auf des Messers Schneide, Zugang ist deshalb unter allen Umständen fern zu halten. — Dasselbe gilt beim Schotterwerk Sindringen, Fröschel & Sohn. Die Firma hat das bestehende Sonderabkommen ohne Verhandlung und Kündigung zum Teil bis zu 10 Prozent reduziert.

Streit:

1. Gau NW: Im Kreis Wittmund bei der Firma Baumann & Co. in Esens, Steinseher und Berufsgenossen wegen Maßregelung und Tarifdifferenzen.

Erledigt:

9. Gau: In Frankfurt a. M. mit vollem Erfolg der Streit der Steinmehren am Neubau der J. G. Farben bzw. der Kantstädter Travatin-Firma A. Lauster.

Ausland:

Lohnkürzung in Eindhoven (Südhollland). Die Straßenbauunternehmer des holländischen Bezirkes Eindhoven, die sich erst kürzlich zu einem Verbande zusammengeschlossen, haben als erste Tat ihrer jungen Organisation einen Lohnabzug von 20 Cent pro Stunde für die Straßenbauarbeiter verfügt. Weiter haben sie beschlossen, daß die Unternehmer, die diese Lohnkürzung nicht durchzuführen, eine Geldbuße von 500 Gulden zu erlegen haben. Zu dieser Situation nahm am 22. November eine von dem Vorstande des Verbandes der im Straßen- und Wegebau tätigen Arbeiter Hollands einberufene Versammlung Stellung. Die Versammlung, an der sich auch einige deutsche und belgische Kollegen beteiligten, war außerordentlich gut besucht. Einstimmig wurde beschlossen, den Unternehmern als Gegenmaßnahme sofort einen Tarifvertrag zu unterbreiten und mit aller Kraft für dessen Abschluß und für die Verhinderung der Lohnabzüge einzutreten. Die ebenfalls erschienenen unorganisierten Straßenbauarbeiter schlossen sich sofort der holländischen Organisation an.

Kein deutscher Steinseher, Kammer oder Hilfsarbeiter nehme in dieser Situation Arbeit in Holland an!

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Verhandstreue. In Harburg bliden die Kammer Gustav Böttcher und Heinrich Godeke auf eine ununterbrochene gewerkschaftliche Mitgliedschaft zurück. In Mannheim die Steinmehren Heinrich Breß und Paul Donath. In Stettin die Steinseher Julius Röhn und Karl Wanger.

Von den Gefahren der Steinbruchsarbeit. Im Nordbruch des Basaltwerkes der Odenwälder Hartsteinwerke zu Röhldorf war der 21jährige Ludwig Reiß aus Zeilbach am 28. November mit dem Abwiden einer zwei Meter hohen Steinäule beschäftigt. Als er mit einem der großen Brechstein (1,60 Meter lang) die etwa zwei Meter über der Bruchsohle stehende Säule lösen wollte, konnte er dem unerwartet herabstürzenden Gestein nicht mehr ausweichen. Ein drei Zentner schwerer Stein traf den Fließenden im Rücken und erschlug ihn.

Die Verbands-Arbeitslosenanzahl im Oktober ergab 11 935 Arbeitslose gleich 21,1 Prozent von 56 578 Mitgliedern, die an der Fählung beteiligt waren. Außerdem wurden noch 3729 Kurzarbeiter gezählt, so daß die Zahl der Arbeitslosen, bei der jetzigen milden Witterung als erheblich hoch bezeichnet werden muß. Von den Steinarbeitern waren 19,8 bei den Steinsehern 25,7 Prozent arbeitslos. Eine lückenlose Beteiligung der Fählstellen bei der Fählung ist notwendig.

Zur Veröffentlichung „Krisenunterstützung für die Arbeiter in der Naturheilmittelindustrie“ (Steinarbeiter Nr. 44) ist folgende Mitteilung des Präsidenten des Landesarbeitsamts von Süddeutschland, Sitz Stuttgart, nachzutragen:

Nach meinen Feststellungen liegen die Voraussetzungen für die Zulassung der Steinarbeiter zur Krisenunterstützung in den Arbeitsamtsbezirken Bad Mergentheim, Heidelberg, Mannheim, Mosbach und Weim in der, während in den übrigen Teilen meines Dienstbereichs die Voraussetzungen für die Zulassung nicht gegeben sind. Habe daher in den obengenannten Arbeitsamtsbezirken die Zulassung mit Wirkung vom 2. Dezember 1929 ab verfügt.

Zur Wahrung der Rechte laut der Berufskrankheitsverordnung müssen in Freiburg und Umgebung die Anträge an die Süddeutsche Baugewerkschafts-Berufsgenossenschaft geleitet werden. Monatlang bleiben auch hier die Anträge in der Schwebe, die in Frage kommenden ausgemerkten Berufskollegen sind in der Regel nur auf die Invalidenten angewiesen und warten teilweise schon seit April auf Erledigung ihrer Ansprüche an die Unfallversicherung.

Ein besonders trauriger Fall sei hier kurz skizziert. Ein 60jähriger Steinbauer, ein seit fast 5 Jahren wegen der Berufskrankheit erwerbsunfähiger Invalide, stellte auf Grund der Berufsordnung Antrag auf Gewährung der Unfallrente. Ein Zeugnis mit Siebvermerk der Landesversicherungsanstalt Baden vom November 1928 liegt vor. Dasselbe lautet wörtlich:

„Herrn . . . beschleunigen wir, daß in seinem Zustand eine erhebliche Verschlechterung eingetreten ist, innerhalb der letzten Jahre. Er ist 100 Prozent erwerbsbeschränkt und wird es bleiben.“

Dieses Zeugnis der Universitätsklinik Freiburg wurde nach einer Röntgenaufnahme der Lunge und genauer Untersuchung ausgefertigt. Die Berufsgenossenschaft ordnete im Laufe dieses Sommers eine erneute Untersuchung an. Ein Spezialist der Universitätsklinik erkannte jetzt auf nur noch 70 Prozent Erwerbsbeschränktheit.

Die Versicherungsanstalt Baden ordnete jetzt an, der Antragsteller habe sich am 13. November bei Herrn Dr. Röding in einem Krankenhaus in Ludwigs-hafen zur Untersuchung zu melden. Wir können nicht verstehen, daß die Herren Professoren der Universitätsklinik Freiburg nicht kompetent sein sollen zur Begutachtung eines Falles, den sie schon 5 Jahre in Behandlung haben. Der Kollege war aber nicht mehr transportfähig und in der Lage, die Reise nach Ludwigs-hafen zu machen. Infolge dieser Zumutung geriet er in Aufregung und bekam einen Blutsturz. In die Klinik überführt, setzte ein weiterer Blutsturz seinem Leben ein Ende.

Für diesen Kollegen spart die Versicherungsanstalt Baden nun die Rente. Er ist vorzeitig das Opfer eines umständlichen Amtsschimmels geworden, wenn er mit seinem Leiden auch nicht lange mehr mitgemacht hätte. Noch mehrere Berufskollegen im Bereich der Landesversicherungsanstalt Baden haben die gleiche Prozedur zu gewärtigen.

Im Namen der Menschlichkeit erheben wir Protest gegen solche feilschen Torturen und erwarten beschleunigte Erledigung der Unfallrenten unserer totkranken Berufskollegen.

Braunschweig. Die am 11. November tagende Mitgliederversammlung im Gasthof Stadt Helmstedt war gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Ding, sprach sich anerkennend darüber aus. Tagesordnung: 1. Wohlfahrtsangelegenheiten. 2. Die Verhandlung mit Herrn Prof. Dr. Böhner, Halle a. d. Saale. Die Wohlfahrtskarten müssen am 15. November abgegeben sein, damit keine Verzögerung der Auszahlungen eintritt. Im einzelnen gibt er noch Verwaltungsmassnahmen bekannt. Ueber die Wohlfahrtskasse und deren Karten findet eine ausgedehnte Debatte statt. Dann verlas der Kollege Ding zum 2. Punkt der Tagesordnung den Bericht über die Verhandlung mit Herrn Prof. Dr. Böhner, den die Kollegen in großer Erregung vernahmen. Sämtliche Kollegen wiesen mit Entrüstung die Vorschläge des Herrn Professors ab und äußerten sich, daß der Lohn sowieso nicht ausreichend ist bei der ständig steigenden Teuerung. Auch die Maschinenrammer wiesen das Anerbieten ab, sie empfahlen dem Professor, ein persönliches Studium mit der Maschinenramme vorzunehmen. Dann wurde folgende Resolution einstimmig angenommen, womit die Versammlung ihr Ende fand:

Die Versammlung wolle beschließen, daß die wöchentliche Arbeitszeit nicht, wie Prof. Dr. Böhner vorschlägt, 48 Stunden die Woche beträgt, sondern 42 Stunden ohne Lohnausfall. In Anbetracht der ständig steigenden Lebenshaltungskosten ist eine Lohnherabsetzung von 10 Pfennig die Stunde für alle im Straßenbau beschäftigten Kollegen berechtigt. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden; wo dies nicht zu umgehen, sind sie mit 25 Prozent von 16 bis 18, mit 50 Prozent von 18 bis 20 Uhr, darüber hinaus mit 100 Prozent zu entlohnen. — Ueberlandgeld ist wie immer zu zahlen, nicht wie vorgesehen ist mit einer freien Hin- und Rückfahrt und 1 Mark Entschädigung. Das würde eine Schädigung sämtlicher Kollegen bedeuten. Zu erwähnen ist, daß die 2 Prozent Vorlieferung des Handwerkszeuges nicht als Lohnzulage zu betrachten, sondern als Abnutzung des Werkzeugs anzusehen ist. Weiter ist hinzuzufügen, daß durch die technischen Werkzeuge, wie die Maschinenrammen es beweisen, die produktiven Arbeitskräfte immer mehr ausgeschaltet werden und die Forderung der 42stündigen Arbeitswoche berechtigt ist.

Aue. Versammlung am 24. November im Restaurant Reichshalle. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Wahl des Kassierers; 3. Eingänge und Verschickenes. Der Vorsitzende, Kollege Müller, heißt die Anwesenden willkommen, besonders den Kollegen Hugo Waltherr vom Zentralvorstand. Der Vorsitzende gibt die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt. Der bisherige Kassierer Johann Höger hat die Kasse um 453,22 Mark geschädigt. Der Kollege Waltherr schildert darauf den Verlauf der unvorhofften Revision beim Kassierer Höger und gibt bekannt, daß Höger das Geld laut Schuldschein zurückzahlen will. Sollte er die Schuld nicht bezahlen, dann wird die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben. — Die Wahl des Kassierers wird bis zur Generalversammlung zurückgestellt. Auf Vorschlag des Kollegen Weigel werden die Kassengeschäfte dem Vorsitzenden Johannes Müller bis zum Jahres-schluß übertragen. — Ueber die Angelegenheiten der Kollegen vom Betrieb Salzer verliest der Vorsitzende eine Zuschrift die vom Rechtsanwaltschaft an den Zentralvorstand gerichtet wurde. Kollege Waltherr gibt darüber wertvollen Aufschluß. Hierauf folgte eine längere Aussprache über Erwerbslosenfragen, die von der Gauleitung an die Fählstelle im Rundschreiben behandelt und von der Versammlung ordentlich durchgesprochen wird. Einige Uebelstände in den Betrieben werden behandelt, besonders die neue Firma Rudolph Salzer, dessen Inhaber man als Prigelheld besonders hervorhebt. In diesem Betrieb ist kein Kollege organisiert. Dieser Unternehmer verbietet den Arbeitern das Rauchen, zulezt wohl auch noch Essen und anderes. — Ein Antrag, für den Kollegen Ceder-schraffe man den Beitragszuschlag wegen seines hohen Alters auf die Lokalkasse zu übernehmen, wird zugestimmt.

Karlsruhe. In der Versammlung am 24. November nahmen die Kollegen Kenntnis von der Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung. Vom Vorsitzenden wird darauf hingewiesen, daß sich die erwerbslosen Kollegen innerhalb drei Tagen beim Fählstellenvor-sitzenden zu melden haben. Da die meisten Kollegen ausgekueert sind, wurde der Vorschlag gemacht, den erwerbslosen Kollegen eine einmalige Unterstützung aus der Lokalkasse von 6 Mark zu geben. Dann nahm die Versammlung Stellung zur kommenden Lohnverhandlung und Bezirkskonferenz. Die hiesigen Kollegen wünschen, daß der Gauleiter zu jeder Verhandlung anwesend ist.

Rundschau

Professor Dr. med. Th. Sommerfeld, der bekannte Sozialhygieniker, starb am 26. November, über 69 Jahre alt, in Berlin. Den älteren Steinmetzern ist der Verstorbene dem Namen nach sicherlich bekannt und jenen, denen der Name fremd klingt, mögen die Bedeutung des Verstorbenen für die Steinmetzwerke daraus erkennen, daß Prof. Dr. Sommerfeld ausgangs der achtziger Jahre im vorigen Jahrhundert eigentlich der erste Mediziner war, der öffentlich und mannhaft die Berufskrankheit der Steinmetzen nachwies.

Zu der Ueberzeugung, daß die Erkrankung der Atmungsorgane bei den Steinmetzen durch die Gesteinstaubeinwirkungen verursacht wird, kam der Verstorbene durch seine eigene ärztliche Praxis, die er in den achtziger Jahren im Nordwesten Berlins in der Nähe eines größeren Steinmetzwerkes ausübte. Er konstatierte bei den Steinmetzen, die seine Praxis aufsuchten, immer dasselbe Leid unter gleichen Erscheinungen und Auswirkungen. Das veranlaßte ihn, den Arbeitsvorgang der Steinmetzen auf dem betreffenden Werkplatz zu beobachten und die Beschaffenheit des Staubes zu untersuchen; das wiederum veranlaßte ihn, im alten Schrifttum nachzuforschen, aus dem er dann feststellte, daß bereits im Jahre 1843 Dr. Petrenz die Erkenntnis „der wahren Natur des Steinmetzleidens“ in einer Schrift über die sogenannte Steinbrecherkrankheit niedergelegt hatte. Im Jahre 1892 erschien dann von Dr. Sommerfeld eine kleine, heute vergriffene Broschüre über „die Berufskrankheit der Steinmetzen, Steinbildhauer und verwandten Berufsgenossen“. In dieser Schrift schildert er nicht nur seine eigenen Beobachtungen und Feststellungen, sondern er geht auch mit den Neumalweien auseinander, die behaupteten, daß die Berufskrankheit der Steinmetzen von übermäßigem Alkohol- und Geschlechtsgenuß komme und die dann weiter meinten, die Steinmetzen brauchten sich nur einfach einen über den Mund hängenden Schnurrbart wachsen zu lassen, damit die Staubeinatmung unterbunden wird. Solche kluge Leute gibt's ja immer!

Prof. Dr. Sommerfeld trat öffentlich und in seiner Broschüre ein für entsprechende Arbeitsstunden, für größeren gegenseitigen Abstand bei der Arbeit, für Tragung von Respiratoren, für bessere

Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse. Aus der damaligen Zeit ist nur zu verständlich, daß diese Schlussfolgerungen aus einem Teil seiner ärztlichen Praxis und das tapfere Eintreten dafür Dr. Sommerfeld persönlich schädigte. Er wurde nicht nur von einem Teil seiner medizinischen Kollegen, sondern auch von anderen gesellschaftlich geschätzten. Denn wer sich so der Berufsschäden der Arbeiter annahm und gar noch Vorschläge machte, wie bessere Wohnung, bessere Ernährung usw., der war in den Augen der hanebüchene Gesellschaft einfach ein — Sozialdemokrat, und das genügte für diese Kreise, Dr. Sommerfeld zu meiden. Der Verstorbene war jedoch nie Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, aber seine wissenschaftlichen, ärztlichen Feststellungen und Beobachtungen brachten es mit sich, daß seine sozialhygienischen Forderungen sich mit denen der Gewerkschaften und der Sozialisten so ziemlich deckten. Es dauerte auch noch mehrere Jahre, ehe der ihm auf Grund seiner Arbeit zustehende Professorentitel verliehen wurde, gegen dessen Verleihung sich unterirdische Kräfte recht bemerkbar machten. Aber das nur nebenbei; es dient zur Kennzeichnung der damaligen Einstellung gegen Ärzte, Wissenschaftler und Forscher, die sich um die Arbeits- und Berufsverhältnisse von gesundheitlich gefährdeten Arbeitergruppen in kritischen Sinne kümmerten.

Für uns Steinmetzer steht fest, daß der jetzt verstorbene Professor Dr. med. Sommerfeld die erste merkbare ärztliche Anregung gegeben hat für den praktischen Steinmetzschutz wie die Bundesratsverordnung im Jahre 1902, und für die Anerkennung der Staubschäden als Berufskrankheit. Dabei ist es weniger von Belang, daß die neuere ärztliche Forschung in der Feststellung der Gesteinstaubschäden in erster Linie die chemischen Bestandteile der Staubpartikelchen verantwortlich macht. Während deren äußere Formen (rund, spitz, zackig) minder wichtig sein sollen, wie es Dr. Sommerfeld immer betont hatte. Seine Leistungen auf dem uns ganz besonders angehemmten Gebiet erkennen wir rüchlos und dankbar an, auch seine sonstigen für die allgemeine Sozialhygiene. Sein Name wird unter den Steinmetzern Deutschlands immer denselben guten Klang behalten, den er bereits in den 80iger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich durch sein mannhaftes Eintreten erworben hat. Und so wie der Verstorbene sich für die Gesteinstaubschäden interessierte, hat er die Staubarten an der Arbeit und ihre gesundheitliche Lage ebenfalls entsprechend behandelt, wodurch er sich die Hochachtung der ganzen organisierten Arbeiterschaft erwarb. Die selbstlose Arbeit dieses Sozialhygienikers sichert ihm ein dauerndes Gedenken!

Zu Weihnachten 1929 ist Ziehung der Arbeiterwohlfahrts-Lotterie, die zu außergewöhnlich günstigen Bedingungen 146 474 Gewinne nebst zwei Prämien im Gesamtwerte von 500 000 Reichsmark ausspielt. Da die Lotterie lediglich der Stärkung von Wohlfahrtsbestrebungen dient, ist der Arbeiterwohlfahrt ein voller Erfolg von Herzen zu gönnen. Höchstgewinn ist ein eingerichtetes Landhaus. Die Hauptgewinne sind ebenfalls Landhäuser im Werte von 10 000 bis 25 000 Reichsmark. Als weitere Gewinne sind zu nennen: Wochenendhäuser, Klaviere, Sprechapparate, Küchen, Motorräder, Nähmaschinen und Fahrräder. Wer es wünscht, kann auch Bargeld bekommen; denn alle Gewinne sind mit 90 Prozent ihres Wertes in bar auszahlfar. Das Einzelfloset kostet nur 50 Pfennig, so daß es auch dem Minderbemittelten möglich ist, sein Glück zu versuchen. Die Lose sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen zu haben.

Arbeitslosigkeit und öffentliche Aufträge. Der Winter steht vor der Tür. Eine große Arbeitslosigkeit wird sich auch in diesem Jahre einstellen. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Arbeitslosenziffer im Januar auf über 2 Millionen. Da gibt es natürlich Umstände zu halten, inwieweit die Möglichkeit besteht, die Beschäftigungslosigkeit auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken. In dieser Beziehung können hauptsächlich zwei Dinge in Erwägung gezogen werden, erstens öffentliche Notstandsarbeiten und zweitens öffentliche Aufträge. Wie der derzeitige Arbeitsminister Wisse in einem Artikel des „Vorwärts“ mitteilt, ist auf eine Arbeitslosenverminderung durch Notstandsarbeiten in diesem Winter weniger zu rechnen, da die Mittel, die der Reichshaushalt hierfür vorzieht, knapp bemessen sind. Das Reichsarbeitsministerium prüft durch Versuche die Möglichkeit, inwieweit Bauarbeiten auch im Winter ausgeführt werden können. Dieser Versuch ist sehr lobenswert. Ein großes Gewicht wird auf die Vergütung von Arbeitnehmern hauptsächlich der großen gemeinwirtschaftlichen Betriebe gelegt. In Frage kommen hier vor allem die Reichsbahn und die Reichspost. Nach dem obengenannten Artikel hat der Reichsarbeitsminister sich bei beiden Unternehmen dafür eingesetzt, die Wintermonate Januar bis März besonders stark mit Aufträgen zu belegen. Sowohl die Reichsbahn als die Reichspost haben sich bereit erklärt, den Wünschen des Reichsarbeitsministeriums zu entsprechen. Auch die übrigen öffentlichen Unternehmen, in Frage kommen hier hauptsächlich die Staats- und Kommunalbetriebe, mühten dazu übergehen, größere Aufträge herauszugeben. Wir sind überzeugt, daß infolge der Ausbreitung der öffentlichen Wirtschaft dadurch eine günstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeübt werden kann. Deshalb sollten die Freunde der Arbeiterbewegung, die in öffentlichen Körperschaften tätig sind, überall darauf dringen, daß die Arbeitslosigkeit durch eine künstliche Konjunkturbelebung herabgemindert wird.

Neue Forderungen der „Grünen Front“. Unter dem Namen „Grüne Front“ sind die landwirtschaftlichen Interessenten der verschiedenen Parteirichtungen zusammengeschlossen. Sie traten bereits vor Wochen in einem Schreiben an den Reichsernährungsminister mit Forderungen umfangreicher Art hervor. Jetzt wenden sie sich in Form von Eingaben an den Reichstag. Im einzelnen bewegen sich die neuen Forderungen in folgendem: Die Reichsregierung soll jährlich 20 Millionen Mark auf die Dauer von 5 Jahren zur Förderung des Exportes und zur Aufspeicherung von Roggen zur Verfügung stellen. Ein erheblicher Teil dieser Summe soll zur Verbilligung von Roggenmehl verwendet werden. Ferner fordert man, daß die bereits im Vorjahre zur Förderung der Erntebewegung bewilligten 3,75 Millionen Mark in vollem Umfange verausgabt werden. Der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft sollen die Zinsen für den gewährten Kapitalkredit erlassen werden. Die Forderung auf Erhöhung des Zolls für Futtermittel von 2 auf 5 Mark ist in vollem Umfange aufrechterhalten worden. Hinzugefügt wird ein Antrag auf Erhöhung des Malzolls von 12,75 auf 15 Mark. Zur Förderung des Kartoffelabfahes und der Kartoffelverwertung wird ein Zuschuß von 7 Millionen Mark in diesem wie in den nächsten 4 Jahren gefordert. Wie man sieht, arbeitet die „Grüne Front“ mit einem Programm auf lange Sicht. Es scheint eine Art 5-Jahres-Plan aufgestellt zu sein. Anscheinend besteht nicht die Absicht, die Forderungen irgendwie zu ermäßigen, sondern bei jeder neuen Eingabe sind die Wünsche größer geworden. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß es der Landwirtschaft nicht gerade gut geht, und ihr auf irgendeine Weise geholfen werden muß, so sind wir aber nicht der Ansicht, daß jene in alten Gleisen sich bewegenden Forderungen das Richtige treffen.

Langsamer Fortschritt der Verkehrsmotorisierung. Die Zunahme des Kraftwagenbestandes hat in Deutschland in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Ein internationaler Vergleich zeigt aber, daß diese verhältnismäßig gering war. In den Jahren 1926 bis 1929 betrug die Zunahme des Bestandes an Kraftwagen (ohne Krafttrader):

	in Tausend
Bereinigte Staaten von Amerika	4539
Großbritannien	406
Frankreich	353
Kanada	342
Deutschland	280
Australien	226

Deutschland hat also eine wesentlich geringere Zunahme zu verzeichnen als England und Frankreich. Noch mehr tritt dies zutage, wenn man die Einwohnerzahl als Maßstab nimmt. Man kann also annehmen, daß der Wohlstand Deutschlands nicht ausreicht, um mit anderen Staaten einen Vergleich auszuhalten.

ANZEIGEN

Tarifbezirk Groß-Hamburg

Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder für Altona, Bramfeld, Hamburg, Wandsbek und Umgegend erfolgt für die Kollegen mit dem Anfangsbuchstaben von A bis K am Mittwoch, dem 18. Dezember 1929, und von L bis Z am Donnerstag, dem 19. Dezember 1929, jeweils von 11 bis 17 Uhr im Gewerbehause Hamburg, Holstenwall 12a (Kellergeschoß).

Die Wohlfahrtsbücher sind bis spätestens zum 14. Dezember 1929 an den Kollegen Julius Frahm (Hamburg), Bachstr. 78, H. 10, III, abzuliefern.

Bei der Auszahlung ist das **Verbandsbuch vorzulegen**; die Familienangehörigen der Mitglieder, die das Wohlfahrtsgeld abholen, haben **außerdem noch eine Vollmacht vorzuzeigen**. Die nicht im Zentralverband der Steinmetzwerke organisierten Steinsetzer, Steinbauer, Plattenleger und Rammer haben für Geschäftskosten 5 Mk., und die unorganisierten Hilfsarbeiter haben 3 Mk. zu zahlen. Dieser Betrag wird bei der Auszahlung in Abzug gebracht.

Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder in **Bergedorf, Harburg** und Umgegend wird den Mitgliedern besonders mitgeteilt.

Ortsgruppe München

Den Kollegen zur Kenntnis, daß aus lokalen Mitteln der Gruppe der Steinmetzen eine

Weihnachtsunterstützung

für invalide und erwerbslose Kollegen am **21. Dezember** von 16 bis 18 Uhr im Gewerkschaftshaus zur Auszahlung gelangt. Verbandsbuch nebst Erwerbslosenkarte dient als Ausweis. Nach dem 21. Dezember erfolgt keine Auszahlung mehr. Die

Generalversammlung

findet am **6. Januar 1930**, 9 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Sämtliche Gruppen sind dazu eingeladen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung, I. A.: Heinrich Rauffer.

Es ist erschienen:

Der sozialdemokratische Abreißkalender 1930



In Kupfertiefdruck hergestellt. 768 Seiten stark. Er bringt historische Daten aus der Arbeiterbewegung, astronomische Angaben (Sonnenlauf- u. -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.). Gute Bilder beleben den Kalender, so daß er in jedem Haushalt, in jedem Büro eine Zierde darstellt. Der Kalender kostet **2,- RM.** Zu haben in allen Parteibüchereien.

Es ist neu erschienen:

Kinderland 1930

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land. Reich illustriert. Farbige Bilder beleben das Buch. Sprudelnde Lebensfreude vom ersten bis zum letzten Blatt. Die Kinder haben selbst daran mitgearbeitet. Das Kinderland kostet **1.50 RM.** Zu haben in allen Parteibüchereien.

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postcheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postcheckkonto Breslau 414, Dresden, Postcheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postcheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postcheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
 und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Allen Mitgliedern, besonders den Zahlstellen- und Hilfskassierern, zur gechl. Kenntnisnahme, daß mit Jahreschluß ein **Markenwechsel** stattfindet. Um eine ordnungsgemäße und schnelle Durchführung zu ermöglichen, eruchen wir jetzt schon darauf hinzuwirken, daß alle **Beitragsreste beglichen** werden. Mit Abschluß der 52. Woche ist von allen Zahlstellen **restlos abzurechnen** und das alte **Markenmaterial zurückzugeben**. Etwa dann noch vorhandene Restanten müssen ihre rüständigen Beiträge mit neuen Marken nachkleben. Wer nichts als unpünktlicher Beitragszahler gekennzeichnet sein will, beachte diesen Hinweis und bringe sein Buch bis zum Jahreschluß in Ordnung. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, auch ihre Markenbestellungen entsprechend einzurichten, damit sie nicht unnötig hohe Bestände wieder zurüdführen müssen. Abtl. Hauptkasse.

Verlorene Mitgliedsausweise: In Augsburg das Verbandsbuch Nr. 46 108 für Peter Spiegel, Steinsetzer. In Köln Nr. 78 689 für Hermann Schmidt, Steinsetzer.

Am Jahreschluß müssen die Zahlstellenkassierer die örtlichen Mitgliedsbücher und Interimsarten einreichen zur Feststellung der Markenleistung im Jahre. Bevor dann die Bücher und Interimsarten wieder zurüdgegeben werden, sind die einzelnen Beitragsleistungen in die neue Beitragsliste einzutragen. — Kassierer, die Mitglieder und deren Leistung nicht in der Beitragsliste oder in einer örtlichen Kartothek genau führen, haben beispielsweise beim Verlust eines Mitgliedsbuches keine Unterlagen für ein Erzhbuch.

Adressen-Änderungen

- Gau (NO): Marienburg, Kass.: Theodor Schreiber, Kleine Geistlichkeit 21.
- Gau (NW): Werfen-Westerkappeln, Vorj. u. Kass.: Fr. Liene-mann, Büren 26a, Post Werfen, Kr. Tecklenburg.
- Gau: Eilenburg, Vorj.: Paul Schwenke, Leichstr. 4. Greiz, Vorj.: Alfred Scholz, Franz-Neufel-Str. 3.
- Gau: Dortmund, Vorj.: Christian Stöhr, Düsseldorf-Str. 30. — Schüren, Postanstalt: Dortmund-Schüren. — Hochdahl, Kass.: Thomas Felzyn, Hochdahl-Bruch-hausen-Süd bei Düsseldorf, Neubau.
- Gau: Elmman, Kass.: Franz Barthelme, Promenade 70a.
- Gau: Oberhrlen, Vorj.: Emil Weigel 1, Kass.: Heinrich Schneider. — Waghensbüchen, Post: Hochstadt, Kr. Hanau. Vorj.: Jean Gutbell, Eckert, Langensfeld, Kr. Hanau. Kass.: Jean Gutbell, Reinhardtstr. 2.

GESTORBEN

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Diethensdorf** am 21. August der Hilfsarbeiter Paul Sohr, 27 Jahre alt, durch niedergehende Wand verschüttet.

In **Niederramstadt** am 6. November der Bohrer Johannes Reiniq, 59 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In **Häslicht** am 13. November der Hilfsarbeiter Wilhelm Rudolf, 67 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Freiburg** (Baden) am 14. November der Sandsteinmetz Friedrich Walz, 60 Jahre alt, 5/4 Jahre Berufskrankheit.

In **Löbau** am 15. November der Granitsteinmetz Otto Knoblauch, 51 Jahre alt, 7 Monate krank, Betriebs-unfall und Lungentzündung.

In **Mühlbach** (Baden) am 16. November der Sandsteinmetz Karl Diesenbacher, 41 Jahre alt, 3 Monate krank, Wassersucht.

In **Berlin** am 17. November der Rammer Adolf Gluse, 61 Jahre alt, vier Jahre krank, Arterienverkalkung; am 23. November der Steinsetzer Konrad Pietz, 55 Jahre alt, 13 Monate krank, Herzschwäche.

In **Reinersreuth** am 19. November der Hilfsarbeiter Karl Käppel, 19 Jahre alt, 7 Wochen krank, Freitag; am 22. November der Schmied Joh. Ströbenreuther, 55 Jahre alt, 17 Wochen Nierenleiden.

In **Leipzig** am 19. November der Steinsetz-Hilfsarbeiter Hermann Wenzel, 77 Jahre alt, Altersschwäche; im November der Rammer Oswald Hofmann, 51 Jahre alt, 4 Wochen krank, Asthma.

In **Feldberg** am 23. November der Hilfsarbeiter Fritz Köpke, 69 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Grimma** am 24. November der Bohrer Otto Wendt, 40 Jahre alt, Nieren- und Lungentzündung.

In **Hemsbach a. d. Bergstr.** am 24. November der Pfastersteinmacher Hans Weidenhammer, 21 Jahre alt, 12 Wochen krank, Gelenkrheumatismus.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der Verein Berliner Steinsehergesellen

So lautete die Überschrift eines Artikels in Nr. 44 des „Steinarbeiter“, in dem Kollege A. Knoll diesen Gesellenvereinerlern der Neuzeit das Unsinnsige ihrer Vereinspläne vorführte. Dazu wählte er noch den Untertitel „In 40 Jahren nichts gelernt und nichts vergessen“.

Wenn dann trotzdem einer herkommt und sagt, daß es in einer Sonderorganisation billiger geht, dann ist das nichts anderes als ein großer Schwindel, eine Art Zerschneiderei im großen, wobei der Verband und seine Mitglieder die Betroffenen sind, weil sie die Zehne zahlen, die die Herren mit den niedrigen Beträgen machen! Das war früher so und das ist auch heute noch so.

Die Koryphäen des Vereins Berliner Steinsehergesellen brüsten sich damit, daß sie ohne Verband höhere Verdienste erzielen, als der Verband vertraglich vereinbart hat. Alles schon dagewesen! Mit solchem Speck hat man auch früher schon Mäuse zu fangen gesucht! Aber die Zahl der dummen Mäuse muß doch in Berlin erheblich zugenommen haben. In allen ähnlichen Vorgängen der Vorkriegszeit sind die Berliner Steinseher nicht in diese Falle geschlüpft. Selbstverständlich hat ihnen niemand verwehrt, wenn sie höheren als Tariflohn bekommen konnten, das zu nehmen. Aber der Verband hat darüber gewacht, daß dabei nicht die Ertragschancen früherer Jahre zum Teufel gingen. Heute ist das in Berlin leider anders geworden.

Jahrzehntelang war es der Stolz der Berliner Steinseher, daß sie die Affordarbeit nicht haben aufkommen lassen. Dafür waren nicht einmal die fanatischsten Jünftler der achtziger und neunziger Jahre zu haben. Und heute? — Es sieht in dieser Hinsicht geradezu traurig aus! Also die heutigen Gesellenvereiner sind rüchständiger als die ehemaligen jünftigen Steinsehergesellen.

Als eine ganz besondere und in der Gewerkschaftsbewegung geradezu einzigartige Errungenschaft haben wir es vor 20 Jahren begrüßt, als es gelungen war, den ersten Höchstleistungstarif zu vereinbaren. Jahrelang hatten wir darum gerungen, endlich hatten wir es geschafft, weil auch auf Unternehmenseite eine Leitung ans Ruder gekommen war, die erkannt hatte, daß die Zukunft des Steinstraßenbaues nur durch höchste Qualitätsarbeit gesichert werden könne. Und heute? Noch nie ist in Berlin so gescheitert worden wie heute — und noch nie ist in Berlin so hundertmiserable Arbeit geleistet worden wie heute!

Das sind die „Errungenschaften“ des Vereins Berliner Steinsehergesellen!

Das hat natürlich den Jorn der Berliner Rückläufer erregt, und in einem flüchtigen, vierseitigen, monatlichen, neuen „Mittelungsblatt des Gesellenvereins der Steinseher zu Groß-Berlin“, wozu erst die zweite Nummer (Dezember 1929) vorliegt, wird das kindische Geschreibsel in Druckschwarz wiedergegeben und der Versuch unternommen, die Wirkung des „Steinarbeiter“-Artikels abzuwischen. In einer „Antwort an Knoll“ in diesem flüchtigen Mittelungsblatt schreibt ein Wilhelm Strauß solch zusammenhangloses Rauberwisch zusammen, daß einem beim Lesen die Haare zu Berge stehen. Es ist bezeichnend, daß in heutiger Zeit so etwas Berliner Arbeitern — Steinsehern und Kammern — vorgelesen werden darf, ja, daß solches Geschreibsel überhaupt gedruckt werden kann. Uniere Reaktion wird sich damit noch in einem anderen Zusammenhang beschäftigen, für heute genüge das Nachstehende, wobei auch der Humor zu seinem Rechte kommt.

Auf der 1. Seite der Beilage des „Steinarbeiters“ Nr. 44, die den Knollschen Artikel gegen die Gesellenvereiner brachte, hatten wir ohne jedes Zutun des Kollegen Knoll das bekannte Gelbild „Ich — brauche keine Organisation!“ eingebaut. Dies Bild hat nun den größten Jorn der Berliner Mäher des Steinseher-Gesellenvereins entfacht; sie fühlen sich wahrscheinlich dadurch ganz besonders getroffen, weil sie beim Anschauen des Gelbildes und beim Lesen des dazu gehörenden Verses vermerkten, in einem Spiegel zu schauen, der ihr eigenes Konterfei widergibt. So betrachtet, ist der Jorn schon begreiflich.

Daraufhin hat nun so ein Gesellenvereiner, er nennt sich „Steenfeka-Otto“, in dem Mittelungsblatt folgendes „Jedicht“:

Sab' id jelaht!

Sab id jelaht, als id ma von det Bild en Bild jemacht,
Sab id jelaht, nachjedaht, was dieses Bild wohl saacht,
Det Bild is jut, det Bild is schein,
Det Bild, det hab id schon jechen,
Tschit du mal zu't Verbandsbüro,
Betrachte Risten, Bücher, Rasten,
Und suchte dort een bisken rum, denn halt'n,
Denn wer nich sucht, der ooch nich find't;
Stellest, det dort noch mehrere find't?
Den Spruch, der unta et Bild da steht, den schreib da uff!
Dazu hatte dein Beitrag bezocht, sonst wär't nich druff,
Wenn du nich weest, was alles da bist,
Denn wird et Zeit, det de den Steinarbeiter mal lieft,
De steht ums Bild ziemlich ne Seite voll, von Knoll
Wie nimmt er da die Baden voll,
Was is der Sinn von det Fehgreibe?
Det er alle wieder in sein Stall rintreibe!
Wer nun jehst allerjnehmstens hin,
Der wird denn nicht bei Bild mehr find,
Sie wer'n euch schon die Ohren beschneiben,
Denn darin sind so nich beschneiben,
Det mäg' im Bild nu det für'n Tierchen sein;
Ob Stein-, oder Wald- oder Mausejesein?
Det eene wech id janz jenau;
Gen jibt et — und der is jrau!
Bielhundert die für zwee freffen,
Da dürfte man nich bei vassien,
Die denn alle satt werd'n woll'n
Und nicht zufriede sind mit Knoll'n!
Und als Neben, det id nachjedaht, —
Sab id jelaht! — woll — Knoll.

Auf dieses „Jedicht“ hat nun unser Kollege A. Knoll dem betreffenden „Steenfeka“, der, wie die Probe zeigt, den Berliner Begalun gesattelt hat, folgende Entgegnung zugeandt. Da wir sicher sind, daß die letztere in dem Mittelungsblatt der Gesellenvereiner nicht zum Abbdruck gelangt, bringen wir sie an dieser Stelle. So bekommt auch die übrigen Kollegen Deutschlands die Entgegnung zu lesen, denn dieser Berliner Krebsgänger-Verein ist keine reine Berliner Angelegenheit, sondern geht alle an, die gegen

jede gewerkschaftliche Abschwächung durch Sonder-Vereine und Vereinen sind:

Antwort an „Steenfeka-Otto“ in Berlin

Du hattest nicht den Mut, dich offen zu bekennen,
So werde ich dich denn — Kollege „Schnöfel“ nennen —
In deinem Winkelblättchen, weithin unbekannt,
Hast du, Kollege Schnöfel, einen „Esel“ mich genannt.
Der Esel hat mich weiter nicht verdrossen,
Hab ich im Leben doch Schlimmeres schon genossen.
Was Unverstand und Dummeheit jemals ausgedacht,
Das wurde mir oft reichlich dargebracht.
Was tut's, wenn nun sich einer mehr noch zugeellt,
Das ist, als wenn der Wops den Mond anbellt.
Trotzdem — ich hab' darüber nicht gelacht,
Und hab' mir einen Vers dazu gemacht.
Den will ich dir als Gegengabe schenten,
Im stillen Kämmerlein darüber nachzudenken. —

Den richtigen Esel habe ich zwar nicht ins Fachorgan gesetzt,
Doch darauf kommt es ja nicht an zu guter Letzt,
Zumal, was er gelacht, du hast auf dich bezogen,
So steht doch fest: Der Esel hat nicht mal gelogen.
„Wer nicht organisiert ist“, sagt er offen,
„Der ist ein Esel!“ — und du fühlst dich getroffen!
Da stimme ich mit dem richtigen Esel überein:
Der Esel scheint ein kluges Tier zu sein. —

Doch hör' nun weiter zu und lies es recht genau,
Vielleicht wirst dann auch du noch einmal schlau.
Ich hab' mich schon zu einer Zeit für euch geplakt,
Als du noch in die Windeln hast gefackt.
Als „wüster Agitator“ wurde ich von Bau zu Bau gehekt,
Als Mutter dich aufs Töpfchen täglich noch geseht;
Als du noch „Mutta, Mutta“ hast geplarrt,
Da wurde ich für euch schon eingesperrt;
Als du noch auf dem Jaun die Hosen dir zerrissen,
Vielleicht auch manchmal noch hineinge-trompetet,
Hab' ich für der Kollegenchaft Interessen
In Kerkerhaft in Blößen gelassen.
Wir sind, als du und dein Verein noch gänzlich unbekannt,
Mit heißem Herzen gegen Junt und Dünkel angerannt;
Auch mancher noch, der heut' nicht mehr am Leben,
Hat einst in diesem Kampf sein Bestes hingegeben.
Und würden die heut' dich und dein Vereinchen seh'n,
Sie würden sich vor Jorn und Scham im Grab umdreh'n. —
Was mich betrifft: Ich habe 30 Jahr für euch gestritten,
Mit Frau und Kindern oftmals Not darum gelitten. —
So steht's! — und drum bist du der rechte Mann,
Der heut' mich einen „Esel“ nennen kann!
Doch geb' ich zu und lasse gelten:
Es könnte jeder mich als einen Esel schelten,
Wenn das das Fazit meiner Lebensarbeit wär',
Gib es von deiner Sorte sehr viel mehr.
So aber steht du in Berlin beinah' allein,
Dich deat nicht mal in dieser Hinsicht dein Verein. —

Und nun zu dem Verein noch selbst ein Wort,
Das ist ja gerade hier der rechte Ort.
800 Mann — dazu 5000 Mart —
Das ist fürwahr ein rechter Quart;
Pro Nase sind das sieben Komma fuffzig Märker.
Wie fühlt ihr euch da stark und täglich stärker. . . .
Nun braucht ihr bloß der Heilsarmee noch beizutreten,
Die kann für euch, daß ihr noch stärker beten. . . .
Denn sagt, wenn's ernst wird, langt das keine Woche,
Und der Verein pfeift auf dem letzten Loche.
Dann machst du „Schnöfel“ deinen billigen Laden zu,
Und heißt es dann: „Verband, nun helfe du!“ —
Aus ist es dann mit dem Gesellenverein,
Das wird so sicher wie das „Amen“ in der Kirche sein. —
Und nun, adius, Kollege Schnöfel,
Bezeichne ferner mich, so oft du willst, als Esel,
Das steht dir wirklich fern und wundervoll,
Es grüßt dich Alexander Knoll.

Sind durch Betriebseinschränkung und Betriebsstillegungen ausgefallene Arbeitsstunden auf die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden für die Feriengewährung in Anrechnung zu bringen?

Diese Streitfrage konnte zwischen den Tarifkontrahenten des Reichsarbeitsvertrages für die Pflasterstein- und Schotterindustrie trotz wiederholter Verhandlungen durch Tarifkommission und Haupttarifamt nicht geklärt werden. Während auf Arbeitnehmerseite diese Frage auf Grund der historischen Entwicklung des RAB und der zuletzt gepflogenen Tarifvertragsverhandlungen bejaht wurde, lehnt die Arbeitgeberseite die gestellte Frage damit ab, daß nur die durch Krankheit, sowie die auf direkte Anordnung der Betriebsleitung ausgefallenen Arbeitsstunden in Anrechnung zu bringen sind und Urlaub nur dann zu gewähren sei, wenn dadurch die im § 10 Abs. 1 vorgesehene Pflichtstundenzahl erreicht ist. Durch diese Auslegung der Arbeitgeber wird eine praktische Auswirkung des § 10 im Tarif in der Feriengewährung unterbunden.

Die Gegenfähigkeit in dieser Streitfrage ist auch der Hauptgrund mit, daß der Reichsarbeitsvertrag beiderseits zum 31. Dezember gekündigt wurde. Nunmehr wurde kürzlich vor dem Arbeitsgericht Leipzig ein Fall ausgetragen, der zur Klärung der Streitfrage wesentlich beiträgt und dem folgenden Vorgang zugrunde liegt:

„Die Kläger waren als Schrotter in einem bei Bauca gelegenen Steinbruch seit etwa 10 Jahren beschäftigt. Im Jahre 1928 mußten sie infolge Arbeitsmangels zeitweise verkürzt arbeiten, zeitweilig, so auch infolge des strengen Winters 28/29 wurde der Betrieb ganz eingestellt, weshalb sie die im § 10 Abs. 1 vorgesehene 2100 Pflichtarbeitsstunden nicht erreichen konnten. Im März d. J. haben sie die Arbeit auf Anforderung der Firma wieder aufgenommen und am 8. Mai nach vorchriftsmäßiger Kündigung wieder aufgegeben. Sie begehren demzufolge unter Berufung auf § 10 Abs. 1 und 4 in Verbindung mit Abs. 2 die von der Firma abgelehnte Ferienentschädigung für das Jahr 1928, sowie der Teilentschädigung für die ersten vier Monate dieses Jahres.

Die Firma beantragte Klageabweisung und begründete diese damit, daß Betriebsstillegungen und Einschränkungen nicht unter § 10 Abs. 1 entfallen. Für diese sei vielmehr eine Sonderregelung in § 10 Abs. 2 getroffen. Durch diese Vorschrift sollte nur verhütet werden, daß Arbeiter, die nach Betriebsstillegungen oder Betriebseinschränkungen wieder beschäftigt würden, in der Dauer ihresurlaubes eine Beeinträchtigung erfahren. Dagegen sehe diese Vorschrift nicht die im § 10 Abs. 1 enthaltenen Voraus-

setzungen (2100 Arbeitsstunden) außer Geltung. Das vorgeschriebene Arbeitspensum müsse vielmehr erfüllt sein. Bei nicht geleisteten Schichten in § 10 Abs. 1 letzter Satz sei nur an solche Fälle gedacht, die durch Materialmangel oder Mangel an elektrischem Strom oder aus sonstigen technischen Gründen herbeigeführt wurden.

Das Arbeitsgericht folgte dem Antrag der Kläger in vollem Umfange und verurteilte die Beklagte kostenpflichtig an die Kläger die Urlaubsschädigung vom Vorjahre, sowie die Teilentschädigung von diesem Jahr zu bezahlen. Zur Begründung dieses Urteils wurde angeführt: Der Anspruch auf Ferienurlaubsvergütung verlangt ein Doppeltes:

- 1. eine bestimmte Dauer der Beschäftigung (1 bis 3 Jahre, bei längerer Beschäftigungszeit mit der Wirkung der Steigerung der Vergütung),
2. die Erfüllung von 2100 Arbeitsstunden im Vorjahre (1928).
Der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit wird gleichgesetzt die Unmöglichkeit der Erreichung der Pflichtstundenzahl
a) infolge Krankheit des Arbeiters, oder
b) infolge Anordnung der Betriebsleitung.

Der Fall b) bildet den wahren Gegenstand des Streites. Dieser tariflichen Bestimmung liegt der Gedanke zugrunde, daß trotz Arbeitsbereitschaft die Arbeitskraft des Arbeiters nicht benutzt worden ist. Der Arbeitgeber ist es, der von ihm keinen Gebrauch machte. Die Vorschrift will ganz offenbar dem Arbeitgeber in diesem Falle das Betriebsrisiko aufbürden. In dieser Vorschrift sind unbegriffen alle Fälle, wo der Arbeitgeber nicht arbeiten läßt, einerlei, ob das im Verschulden oder wirtschaftlichen Unverschulden seinen Grund hat. Der Tarif will dem Arbeiter den Urlaubsanspruch für alle Fälle wahren. Dabei ist die innere Ermägung offenbar die gewesen, daß sonst bei dem offenbar nicht seltenen Stilllegen der Arbeit für kurze oder längere Zeit die Arbeitnehmer die geforderte Pflichtzahl überhaupt nicht erreichen könnten oder würden. Es sollte aber der Arbeitnehmer um seinen Urlaubsanspruch nicht geschmälert werden, da es sich hier um eine tarifliche Errungenschaft für den Arbeiter handelt. Dies leuchtet um so mehr ein, wenn man erwägt, daß selbst bei Erkrankung des Arbeiters der Urlaubsanspruch nicht vererbt werden soll, also sogar in einem Fall, wo die Nichtleistung der Arbeit in Umständen in der Person des Arbeiters selbst liegt.

Auch Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen erfolgen auf Anordnung des Arbeitgebers, wenn sie für ihn auch mindestens ebenso wirtschaftlich unerwünscht sind wie das Verjagen der technischen Mittel. Von Rechts wegen treten Betriebsstillegungen nicht ein. Immer bedarf es der vorherigen Entscheidung des Arbeitgebers und der Kundmachung. Der Tarif von 1926 erfaßte nach seinem Wortlaut auch diese Fälle.

Der Sinn des neueingeführten Abs. 2 in § 10 des Tarifs will den Arbeiter nicht schlechter, sondern besser stellen. Stilllegungen führen oft zur Lösung des Arbeitsvertrages, weil nur unter dieser Voraussetzung der Arbeiter nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 die Arbeitslosenunterstützung erhält. Wer mit der Arbeit aussetzt, bleibt im Bande des Dienstvertrages. Das führt zur Ablehnung der Unterstützung. Ist die Lösung des Arbeitsvertrages das wirtschaftlich gegebene Mittel, so wird der Gedanke, daß die Höhe der Urlaubsvergütung durch solche Vorgänge nicht beeinträchtigt werden soll, gefährdet. Der ungeklärte Zusammenhang der Arbeitsjahre erleidet Schaden. Die ununterbrochene Beschäftigung, wie sie Abs. 1 des § 10 des Tarifs verlangt, ist nicht erfüllt. Aber nur darauf zielt die Vorschrift in Abs. 2 ab. Sie will diesen Zusammenhang der Kontinuität aufrechterhalten. Sonach wird Satz 1 von Abs. 10 nur erläutert, nicht aber Satz 4 eingeschränkt oder außer Geltung gesetzt. Nach alledem ist der Absatz 2 als Rechtswohlthat für den Arbeiter anzusehen.

Das folgt auch aus der historischen Entwicklung, über welche die Tarife von 1926 und 1928 bereiten Aufschluß geben. Aus der Folgerung ergibt sich, daß nicht nur der Anspruch für das Jahr 1928, sondern auch der Teilanspruch von 1929 in der begehrten vollen Höhe berechtigt ist.

Die Berufung war auf Antrag der Beklagten zuzulassen. Es handelt sich um eine tarifliche Frage von grundsätzlicher Art. Wie gegensätzlich darüber die Ansichten von auf dem Arbeitsrecht Berufenen sind, beweist das Auseinandergehen der von der Beklagten vorgelegten Gutachten.

Die vorstehende Entscheidung ist insofern bedeutsam, weil das Arbeitsgericht als unparteiische Instanz unsere bei jeder Gelegenheit vertretene Ansicht durchaus deat. Weiter ist zu begrüßen, daß sich die Entscheidung ganz folgerichtig auf die historische Entwicklung des Tarifvertrages stützt und dabei dem § 10 Abs. 2 die Auslegung gibt, die von den Tarifparteien bei den letzten Verhandlungen auch gewollt wurde. Zu wünschen wäre, daß nunmehr der Reichsverband seine abwegige und listige Haltung aufgibt, damit unsere Kollegen endlich in den Genuß der im Vorjahr erworbenen Ferien kommen.

Die beste Stütze des Arbeitsmarktes wankt

Ueber die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes im Zusammenhang mit den Verhältnissen im Baugewerbe macht das Landesarbeitsamt Rheinland folgende interessanten Angaben:

„Die jahreszeitliche Bewegung und das Niveau des Arbeitsmarktes der Rheinprovinz wird in der Hauptsache durch das Baugewerbe und die Industrie der Steine und Erden bestimmt. Die Aussichten für die Bautätigkeit sind wenig günstig, was seine Ursache hauptsächlich in der Lage des Kapitalmarktes hat. Die Bau-Zwischenkredite, die in größerem Umfange aufgenommen wurden, drohen stellenweise einzufrieren. Die Schwierigkeiten des Baumarcktes entstehen bei der Aufbringung der zweiten Hypothek und bei den letzten 10 bis 20 Prozent der Bau-summe, die der Kapitalmarkt nicht mehr hergeben will. Nach den Aufierungen der Geldinstitute ist die Lage in der nächsten Zeit schwierig. Der Arbeitsmarkt ist in den letzten Jahren durch die zwangsweise Kapitalbildung für die Bautätigkeit durch die Hauszinssteuer in einem nicht zu unterschätzenden Maße gestützt worden. Wäre die Bautätigkeit ganz auf den freien Kapitalmarkt angewiesen gewesen, so wäre das Bild des Arbeitsmarktes ganz anders geworden. Die für das Baugewerbe arbeitenden Industrien wären mit dem Baugewerbe abgeschwächt worden, während andre sich entwickelt hätten. Die industrielle Entwicklung hätte sich verschoben. Der Arbeitsmarkt seit 1925 beruht auf einer großen Kapitalumleitung und Zuführung zum Baugewerbe. Die Fortsetzung des bisherigen Verfahrens der Stützung des Arbeitsmarktes ist bedroht durch die angespannte Kassen- und Finanzlage der öffentlichen Körperschaften, durch die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Auslandsanleihen und durch das Verjagen des Kapitalmarktes bei der zweiten Hypothek und der Restfinanzierung. Wie der Gesamtarbeitsmarkt sich in der veränderten Situation verhalten wird, bleibt abzuwarten. Abschwächung im Baugewerbe bedeutet im Frühjahr verzögerten Abbau der Winterarbeitslosigkeit.“

Anteil der Steinindustrie am Güterverkehr

Warengattungen	im ganzen	1927				im ganzen	1926			
		Inlandsverkehr	Verland nach dem Ausland	Empfang von	Durchfuhrver-kehr		Inlandsverkehr	Verland nach dem Ausland	Empfang von	Durchfuhrver-kehr
In 1000 Tonnen										
A. Auf den Eisenbahnen:										
Sämtliche Güter	467287	419607	22801	22384	2495	416450	366981	25315	21450	2704
davon Waren aus Naturstein, Mühl-, Schleif-, Wehstein usw.	225	208	7	9	1	236	218	9	8	1
Bert-, Pflastersteine, Schotter und Schiefer usw.	43647	43067	251	302	27	34142	33686	311	126	19

Warengattungen	im ganzen	1928				im ganzen	1927			
		Inlandsverkehr	Verland nach dem Ausland	Empfang von	Durchfuhrver-kehr		Inlandsverkehr	Verland nach dem Ausland	Empfang von	Durchfuhrver-kehr
In 1000 Tonnen										
B. Auf den deutschen Binnenwasserstraßen:										
Sämtliche Güter	107559	49958	31199	24529	1873	111447	50874	32217	26705	1651
davon Waren aus Naturstein, Mühl-, Schleif-, Wehstein usw.	7	2	5	0	0	6	3	3	0	0
Bert-, Pflastersteine, Schotter und Schiefer usw.	1739	860	837	41	1	1730	885	799	43	3

Warengattungen	Durchfahrtsver-kehr	1927			Insgesamt	Durchfahrtsver-kehr	1926			Insgesamt
		Verland nach dem Ausland	Empfang von	Insgesamt			Verland nach dem Ausland	Empfang von	Insgesamt	
In 1000 Tonnen										
C. Am Ueberseeverkehr:										
Sämtliche Güter	3352	11959	29505	44816	2929	22058	19289	44276	27	
davon Waren aus Naturstein: Mühl-, Schleif-, Wehstein usw.	2	20	5	27	1	22	4	27	33	
Bert-, Pflastersteine, Schotter, Schiefer usw.	27	28	519	574	33	30	176	239	33	

Anmerkung: Für den Binnenwasserverkehr standen uns bereits die Ziffern für 1928 zur Verfügung, weshalb für diesen die Jahre 1928 und 1927 zum Vergleich herangezogen wurden. 0 (Null) bedeutet in den obigen Rubriken weniger als 1000 Tonnen.

Aus vorstehender Tabelle ist ersichtlich:
 1. Der verhältnismäßig große Anteil, den die Natursteinindustrie im Eisenbahn-Güterverkehr einnimmt, 1926 umfaßte dieser 8,2 Prozent, 1927 9,4 Prozent. Ein Vergleich genannter Jahre mit 1925 und dem Vorkriegsjahr 1913 zeigt folgendes Auf und Ab, wobei zu berücksichtigen ist, daß für 1913 noch das alte (größere) Reichsgebiet in Betracht kam:
 Prozentualer Anteil der Natursteinindustrie am Eisenbahn-Güterverkehr

Jahr	1913	1925	1926	1927
	10,1	11,1	8,2	9,4

2. Der verhältnismäßig geringe Auslandsverkehr von Natursteinen, dessen Geringfügigkeit ganz besonders im Eisenbahn-Güterverkehr auffällt.
 Vom gesamten Naturstein-Eisenbahntransport entfielen in den beiden Jahren 1927 und 1926 nur 1,3 Prozent auf den Transport von und nach dem Ausland, während in beiden Jahren 98,7 Prozent auf den Inlandsverkehr entfielen. Unterschiedlich war nur der jeweilige Anteil von und nach dem Ausland:

Jahr	Verland nach dem Auslande	Empfang von dem Auslande	Insgesamt
1927	0,6 Prozent	0,7 Prozent	1,3 Prozent
1926	0,9 Prozent	0,4 Prozent	1,3 Prozent

3. Ein bedeutend geringerer Anteil des Natursteintransportes am gesamten Binnenwasserverkehr (1928 1,6 Prozent; 1927 1,5 Prozent) bei bedeutend größerem Auslandsverkehr, insbesondere nach dem Ausland.

Jahr	Verland nach dem Auslande	Empfang von dem Auslande	Insgesamt
1928	48,2 Prozent	2,3 Prozent	50,5 Prozent
1927	46,2 Prozent	2,4 Prozent	48,6 Prozent

1928 ist der Versand nach dem Ausland 20,5mal und 1927 18,6mal größer als der Empfang vom Auslande.

Den Hauptanteil unter den deutschen Stromgebieten nimmt das Rheingebiet in Anspruch.

	1928	1927
Inlandsverkehr		
Verland	15 648 000 Tonnen	16 492 000 Tonnen
Empfang	18 254 000 Tonnen	19 497 000 Tonnen
Auslandsverkehr		
Verland	22 957 000 Tonnen	24 792 000 Tonnen
Empfang	20 248 000 Tonnen	22 565 000 Tonnen

Welchen Anteil die Natursteinindustrie an der Rheinschifffahrt hat, entzieht sich unserer Kenntnis. Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit nur, daß die Bafakt AG Linz a. Rh. einige Rheintähne im Besitze hat.

4. Der geringe Anteil (1,3 Prozent), den die Natursteinindustrie auch im gesamten Ueberseeverkehr einnimmt. Auffallend ist jedoch das gewaltige Uebergewicht der Einfuhr, besonders im Jahre 1928. (Die geringere Einfuhrmenge des Jahres 1926 ist auf den damaligen Streik der Schwedischen Steinarbeiter zurückzuführen.) 1928 war der Empfang von ausländischen Seehäfen 10,9mal größer als der Versand nach solchen.

5. Die Feststellung, daß auch der gesamte Natursteintransport (zu Wasser und zu Lande) nach dem Auslande größer ist als vom Auslande, woran auch eine „normale“ Einfuhr von Schweden im Jahre 1926 (also zirka 300 000 Tonnen mehr) nicht viel geändert hätte.

In beiden Jahren (1927 und 1926 bzw. 1928 und 1927) wurden Natursteine transportiert:

	nach dem Auslande	von dem Auslande
auf der Eisenbahn	578 000 Tonnen	445 000 Tonnen
auf den Wasserstraßen	1 644 000 Tonnen	84 000 Tonnen
im Ueberseeverkehr	100 000 Tonnen	704 000 Tonnen
insgesamt:	2 322 000 Tonnen	1 233 000 Tonnen

Allerdings kommt es bei der Beurteilung der Ein- und Ausfuhr nicht nur auf die ausgetauschten Mengen (das Gewicht), sondern auf den Wert der ausgetauschten Güter an. 500 000 Tonnen Pflastersteine stellen einen viel größeren Wert dar als 500 000 Tonnen Schotter. Und wenn auch beträchtliche Kosten hochwertiger Natursteingüter (Steinmehl, Bildhauer-, Schleifereiarbeiten) in das zahlungsfähige Ausland gingen, so verblieb doch im Jahre 1928 ein Einfuhrüberschuß von 13 271 000 Mark und im Jahre 1927 ein solcher von 13 351 000 Mark.

Im übrigen können Außenhandels- und Güterverkehrsziffern erst dann richtig gewertet werden, wenn die allgemeinen Produktionsziffern bekannt sind. Letztere zu verbergen haben nur

solche Kreise Veranlassung, die gestützt auf die Unkenntnis anderer Kreise im Erlauben zu fischen suchen, beispielsweise in der Zollfrage. Jedenfalls macht sich der Mangel einer amtlichen Produktionsstatistik in der Natursteinindustrie immer fühlbarer bemerkbar. Produktionsstatistiken der steinindustriellen Unternehmerverbände bestehen angeblich nicht, wenn wir uns auch nicht gut vorstellen können, wie z. B. der Reichsverband der Pflasterstein- und Schotterwerke ohne eine solche auskommen kann. Doch sei dem wie ihm wolle. Wird uns der nötige Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie verweigert, dann müssen wir um so stärker das Verlangen nach einer amtlichen Produktionsstatistik stellen. Für privatrechtliche Sonderinteressen ist in unserer nach Gemeinnützigkeit strebenden Zeit kein Raum mehr.

Schattenseiten unserer Sozialversicherung

schildert, in nachstehender lesenswerten Abhandlung der Kollege H. aus dem Westerwaldbezirk.

Einige Jahrzehnte hatte es gedauert, bis die Arbeiterschaft endlich zur Erkenntnis kam, durch organisatorischen Zusammenschluß sich bessere Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Im Jahre 1848 wurden in Deutschland die ersten Gewerkschaften gegründet, sie verschwanden aber bald wieder durch Maßnahmen der Reaktion. Wie sah es nun aus, und wie war es um die Arbeiterschaft bestellt, ehe die Gewerkschaften und die sozialistische Verbindung existierten? Die Arbeitszeit betrug nicht 8 oder 9 Stunden wie heute, sondern überall noch 11 und 12 Stunden, ja der Arbeitstag hatte vielfach überhaupt kein Ende, weil er durch viele Ueberstunden verlängert wurde; daneben war die Sonntagsarbeit fast allgemein üblich. Dem entsprechend standen die Löhne auf einem so niedrigen Stande, daß man sich heute kaum noch einen Begriff davon machen kann. Einen Einblick in öffentlichen Leben konnte die Arbeiterschaft nicht, sondern sie lebte zum großen Teil ohne Anteilnahme am öffentlichen Leben dahin. Die Bedrücker der Arbeiterschaft hatten leichtes Spiel und konnten ihren Herrenstandpunkt völlig schrankenlos durchführen. Doch als die Gewerkschaften erneut unter großen Schwierigkeiten und harten Widerständen in den letzten Jahren entstanden, da fühlten schon die damaligen Machthaber, daß ihnen und ihrem System hier ein Feind erwacht. Allerdings langsam, aber sicher, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt erstarbten die Gewerkschaften zu dem mächtigen Faktor, den sie heute im Wirtschaftsleben darstellen. Als man sah, daß der Organisationsgedanke in der Arbeiterschaft ständig zunahm, wollte man sich diese kaufen und Wismarck, der erste Reichskanzler führte die ersten Sozialgesetze ein, um damit die Arbeiterschaft mit der bürgerlichen Gesellschaft auszuöhnen. Doch die Sozialisten und die Gewerkschaften gingen dabei von anderen Voraussetzungen aus wie die bürgerliche Welt mit ihrem Kanzler, mit den Sozialgelehrten wenig zufrieden, drängten sie immer mehr auf weitere Verbesserungen und Ausgestaltung. So entstanden dann nach der Unfall- und Krankenversicherung die Alters- und Invalidenversicherung, in neuerer Zeit das Gesetz der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und anderes mehr. Obwohl diese Gesetze zum Teil schon viele Jahre bestehen, weisen sie doch auch heute noch große Mängel auf. Gerade unsere jüngste Versicherung, das Gesetz der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird der Arbeiterschaft nicht leicht gemacht. Als Organe zur Durchführung dieses Gesetzes hat man die örtlichen Arbeitsämter, die Landesarbeitsämter und als oberste Instanz, die Reichsanstalt in Berlin geschaffen. Das Gesetz der W und A bestimmt in § 69, daß alle Arbeitnehmer, die für den Fall der Krankheit versichert sind, auch Pflichtversicherte der Arbeitslosenversicherung sein müssen. Solange nun der Arbeiter nur versichert ist und seine Beiträge pünktlich vom Lohn abgezogen bekommt, ist das Gesetz für die Arbeiterschaft in bester Fassung. Anders aber sieht man die Versicherung an, wenn man von dem Elende der Erwerbslosigkeit verfolgt wird, und auf die Leistungen der Versicherung angewiesen ist. Da kommen mitunter die drastischsten Fälle vor, die den Anschein erwecken, als seien die Beamten und Angestellten einzelner Arbeitsämter der Auffassung, daß das Gesetz geschaffen wurde, damit sie ihren Lebensunterhalt im Amt haben. Die Arbeiterschaft glaubt aber, daß das Gesetz geschaffen wurde, um die Not zu bannen, das müssen wir sogar als Hauptträger der Verantwortung verlangen. Die größten Schwierigkeiten stellen sich meistens bei den Ueberweisungen nach auswärtigen Arbeitsstellen ein, wenn die Arbeit von den Arbeitslosen abgelehnt wird, weil sie ihnen nicht zugemutet werden kann. In unserem Bezirk (Westerwald) hat man schon oft die Erfahrung gemacht, daß gerade immer dort Ueberweisungen vor sich gehen sollen, wo schlechte Arbeitsverhältnisse herrschen. Man will z. B. den Arbeitslosen zumuten, daß sie vom hohen Westerwalde in das Waldecke Land überwießen werden. Wird nun eine Ueberweisung aus rechtlichen Gründen abgelehnt, dann fällt alles, was nicht gerade auf körperliche Arbeit angewiesen ist, über die Arbeiter wie eine Meute her und stellt die Arbeitslosen als Faulenzler hin. Zeitungen schreiben sogar große und viele Artikel mit der Ueberchrift „der Arbeitswille schwindet.“ (Nassauische Bauern-

zeitung.) Weiter wird bei den Ueberweisungen bei uns keine Rücksicht darauf genommen, ob der Arbeiter wegen seines körperlichen Zustandes die Arbeit auch verrichten kann, obwohl § 90 des Gesetzes vorschreibt, daß Arbeitslose, denen die Arbeit nach ihrem körperlichen Zustande nicht zugemutet werden kann, nicht überwießen werden können. Leider haben wir im Westerwalde durch das wilde Affordsystem einen Teil Arbeiter, der einfach nicht mehr in der Lage ist, jede Arbeit zu verrichten, dies wird leider von einzelnen Arbeitsämtern nicht beachtet. Der Vorsitzende des Arbeitsamtes aus dem kleinen Städtchen Limburg an der Lahn erklärte sogar einem Arbeitslosen, der 20 Prozent beschäftigt ist und dem auch wegen Arbeitsverweigerung seine Unterstützung gesperrt war, diese aber wieder haben wollte, um seine Familie zu ernähren, „Dann gehen Sie doch nach Hause und fressen Pellkartoffeln.“ Ob dieser Herr, der doch auch sein Gehalt von dem Träger der Versicherung erhält, diese Kost schon einmal probiert hat, ist fraglich. In fast allen Fällen wurde den Arbeitslosen bei der Arbeitsverweigerung die Unterstützung auf die Dauer von 4 Wochen gesperrt, ob ihm die Arbeit zugemutet werden konnte oder nicht, ob er ein ärztliches Zeugnis vorlegte oder schon länger leichte Beschäftigung durch das Arbeitsamt verlangt hatte. Dadurch häufen sich natürlich die Einprüche an den Spruchauschuß, der die Entschädigung zu fällen hat, ob Unterstützung zu gewähren ist. Aber wovon nun der Arbeitslose mit seiner Familie leben soll, darüber wird nichts gesagt, oft ist der Arbeitsloser sogar um ein Vierteljahr geschmäkelt, ehe der Spruchauschuß seine Entscheidung trifft, während der Arbeitslose mit seiner Familie auf die paar Notpfennige wartet. Wenn alle leitenden Beamten der Arbeitsämter auch einmal nur einige Wochen diese Not zu kosten hätten, würde hier sicherlich für schnelle Abhilfe Sorge getragen.

Wie steht es nun mit der Unfallversicherung? — Wenn ein Kollege einen Unfall erlitten hat und an dessen Folgen so zu leiden hat, daß ein Rentenanspruch gerechtfertigt ist, dann beginnt ein harter Kampf, den nur der erretten kann, der ihn schon durchgekämpft hat. Es ist unbedingt erforderlich, daß der Einfluß der Arbeiterschaft so weit gesteigert wird, daß man den Opfern des Erwerbslebens besser und schneller zu ihrem Recht verhilft.

Wie steht es bei den Krankenkassen? Krank sein oder erwerbslos, ist in der Wirkung fast dasselbe. Die Erwerbslosenversicherung versucht vielfach ihre Unterstützungsempfänger auf die Krankenkassen abzuwälzen, während die Krankenkassen das Gegenteil wollen. Es ist somit ein Schieben und Drängen, worunter der Unterstützungsempfänger zu leiden hat. Wer von den Kollegen schon Krankheitswochen durchmachen mußte, wird auch die Wunderdoktoren kennen, die einen Kranken in oft 10 Minuten heilen. Es ist ja auch schon vorgekommen, daß Leute, die auf solche Art „geheilt“ wurden, einige Tage später in ein Krankenhaus mußten. Es kommt auch vor, daß Kollegen vom Arzte krankgeschrieben waren, aber bei Vorzeigung einer Vertrauensarzt-Ueberweisung plötzlich gesund wurden — durch denselben Arzt. Wer hierbei den größten Schaden hat, wäre doch einmal festzustellen! Die Gesundheit ist das höchste Gut, das der Mensch auf Erden hat, und um diese zu erhalten, ist doch die Krankenversicherung geschaffen. Aber oft muß man die Feststellung machen, daß durch die Ueberweisung eines Kranken zu einem Vertrauensarzt gerade die Gesundheit besonders geschädigt wird. Ein Arzt wird nicht in der Lage sein, ein Leiden in ein paar Minuten zu heilen, das der behandelnde Arzt durch eine lange Behandlungsdauer festgestellt hat. Er schreibt dann den noch wirklich Kranken gesund; und was stellt sich später aus dem ungeheilten Leiden heraus? Daß der Kranke nicht nur der Aufnahme in ein Krankenhaus, sondern einer Heilstätte bedarf. Wo bleibt da die Verantwortung der Kasse und des Vertrauensarztes?

Wie sieht es bei der Invalidenversicherung aus? Hier ist wieder das Gutachten der Vertrauensärzte maßgebend, und dem behandelnden Arzt wird nicht immer geglaubt, obwohl er doch ganz genau die Leiden der Antragsteller kennt. Es bedarf auch hier wieder der Frage: Ist ein solcher Arzt in der Lage, in einigen Minuten das festzustellen, wovon oft das Lebensschicksal einer ganzen Familie oder eines durch langjährige Arbeit abgerackerten Arbeiters abhängt?

Wir Arbeiter haben gewiß großes Interesse an der Erhaltung der Sozialversicherung, aber durchweg aus anderen Gründen als deren Verwaltung in den untergeordneten Stellen. Wir müssen aber verlangen, daß sie ohne Winkelzüge denen gewährt wird, die ihrer wirklich bedürfen.



Vom Märchenbaum der Welt. Rund um den Äquator und von Pol zu Pol breitet der „Märchenbaum“ seine Zweige. Wo Menschen sind, sind auch Sagen und Märchen. Schon dieser Umstand deutet auf die tiefe Verbundenheit aller Zeiten und Völker mit dem Bedürfnis hin, mythische Vorstellungen und Volksgeschichten mannigfaltiger Art zu symbolisieren und sie von Geschlecht zu Geschlecht zu vererben. In dem vorliegenden Buche nun hat Lila Lehner vieles von dem, was sie sonst so gut zu erzählen weiß, zu Papier gebracht. Maria Brauer hat Bilder, die der inhaltlichen Fügung entsprechen, dazu gezeichnet, und die Buche sind in die Reihe „Der Märchenbaum“ aufgenommen, die in einem schmalen Gewande herausgegeben. Dem Vater, der Mutter, die ihren Kindern ein Buch schenken wollen, werden vielerlei Märchenbücher angeboten. Aber der Arbeiter soll auch hier kritisch sein. Er kann, er darf nicht alles hinnehmen, was ihm bürgerliche Verlage empfehlen. Und da er nicht jedes Buch zum Kauf prüfen kann, muß er sich auf die Herausgeber verlassen. Und wenn ihm ein Buch wie dieses für 3 Mark geboten wird, lohnt es sich schon, Mitglied der Bücher-gilde Gutenberg (Berlin SW. 61) zu werden.

Die deutsche Mark von 1914 bis 1924. Dieses im Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstr. 62, erschiene Buchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen bringt im ersten Teil sämtliche deutsche Reichsbanknoten, Reichsstaffeln und Darlehensstaffeln der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit von 1. Mt. bis zum 100-Billionen-Schein nebst erläuterndem Text, so daß man über alle Eigenheiten sowie über den Sammelwert der einzelnen Scheine, der bei den seltensten heute schon 50 Mt. beträgt, unterrichtet wird. Auch eine ausführliche Tabelle über den Dollarkurs in jenen Jahren ist in diesem Teil angehängt. Der zweite Teil enthält die Briefmarken des Deutschen Reiches von 1914 bis 1924 (von der 2-Pf. bis zum 50-Mark-Schein) mit allen Nebenausgaben, Provisorien und Dienstmarken in guter fotografischer Uebersage auf bestem Kunstdruckpapier. Das Werkchen, das in der neuen verbesserten Ausgabe 60 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 Mark.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslehre. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,00 Mt., für Organisationsmitglieder 2,85 Mt. Das Novemberheft hat folgenden Inhalt: Sozialologie der Industriearbeit und des Betriebs. — Ebbe und Flut in der Wirtschaft. — Die Wirtschaft der öffentlichen Hand. Ihre Bedeutung, ihr Stand und ihre Probleme. — Wandlungen in der Sozialpolitik. — Deutscher Arbeitsmarkt. — Der italienische korporative Staat, III. — Rundschau der Arbeit. Den vorwärtsstrebenden Verbandsmitgliedern ist das Abonnement dieser Zeitschrift nur zu empfehlen. Ihr regelmäßiges Studium erwehrt und vertieft die gewerkschaftliche Notwendigkeit.

„Verbrüderung.“ Ausgewählte Dichtungen von Ernst Toller. Ausgewählt und mit einer Einleitung versehen von Walter G. Dittelmeyer. I. bis 4. Aufl. 1929. Kartoniert 2 Mt., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Toller hat in seinen Dramen und Gedichten Leid und Zweifel, Kampf und Glauben des Proletariats zum Ausdruck gebracht. Das vorliegende Auswahlbuch enthält Gedichte und Szenen, die ein wohl gerundetes Bild von der Gesamtpersonlichkeit geben. Darüber hinaus hat diese Auswahlammlung einen praktischen Wert: sie will den Arbeiter- und Jugendveranstaltungen geeignetes, leicht zugängliches Material bieten. Dieser Wichtigkeitsstandpunkt ermöglicht, den Dichter in den anteilnehmenden Kreis größerer Arbeiter- und Jugendmajoren zu ziehen. Das Bündchen ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Kurt Bising, „Die große Fehde“, Tiergeschichten, illustriert von Erich Bloch. Kartoniert 2 Mt., Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. 1929. Was diese Tiergeschichten Kurt Bising aus der ganzen Gattung ähnlicher Literatur heraushebt, ist ihr weltanschaulicher Charakter. Der Verfasser, der als Biologe über eine tiefgründige Kenntnis der Tierwelt, der einheimischen wie der exotischen, verfügt, erweicht sich zudem als Erzähler von vielen Gaben, der die originellen Fabel seiner Geschichten tiefsinnig vorzutragen weiß. Mitgrüßlicher als seinen Tieren steht Bising dagegen dem Menschen gegenüber, und er schreibt seinem eigenen Geschlecht sehr schieblich sehr unangenehme Wahrheiten ins Stammbuch. So kommen auch die sozialkritischen Veranlassungen der Leser auf ihre Kosten, und wir zweifeln nicht, daß das gut ausgestattete, hübsch illustrierte Bündchen bei jung und alt zahlreichere Freunde finden wird. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Arbeiter-Sprachzeitung.“ Von dieser sozialistischen Sprachzeitung liegen nunmehr 16 Hefte vor, die als Sammelband zum Preise von 6,50 Mark zu beziehen sind. Beilagen sind zu ziehen an die Parteibuchhandlungen oder an den Vor-Verlag, Berlin SW. 61, Gabelsbergerstr. 52. Die Zeitschrift enthält u. a. einen vollständigen Vorkurs der englischen Sprache für Anfänger, englische und französische Lesarten und Erklärungen (mit Worterklärungen und Aussprachebezeichnung) für Fortgeschrittene wie auch für Leser mit geringen Vorkenntnissen, Hauptkriegsereignisse in der englischen Sprache usw. — Mit Heft 16 hat die „Arbeiter-Sprachzeitung“ ihr Erscheinen eingestellt, da an ihrer Stelle vom 1. Januar 1930 an eine große zweisprachige Wochenzeitschrift, die „Deutsch-Englische Illustrierte“, erscheinen wird.